'Der Weg der Partei' Nr.2 erschienen Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 40 vom 5. Oktober 1974 — 8. Jahrgang — 50 Pfennig

Grussadresse des ZK der KPD/ML zum 25. Jahrestag der VR China

An den Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Genossen Mao Tsetung;

An den Amtierenden Vorsitzenden der Volksrepublik China, Genossen Dung Bi-wu;

An den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, Genossen Tschu Teh;

An den Ministerpräsidenten des Staatsrates der Volksrepublik China, Genossen Tschou En-lai.

Werte Genossen!

Das Zentralkomitee der KPD/ML entbietet der Regierung der Volksrepublik China und dem chinesischen Volk, geführt von seiner Kommunistischen Partei mit dem Genossen Mao Tsetung an der Spitze, zum 25. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China revolutionäre, brüderliche Grüße.

Vor mehr als 47 Jahren schrieb Ernst Thälmann, der große Führer der deutschen Arbeiterklasse: „Die Augen der ganzen Menschheit sind auf China gerichtet, wo das älteste und größte Kulturvolk der Erde die imperialistischen Fesseln sprengt, in die es ein Jahrhundert lang geschlagen war."

Und als am 1. Oktober 1949, nach 28 Jahren Befreiungskampf gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus, Genosse Mao Tsetung, der große Führer des chinesischen Volkes, die Gründung der Volksrepublik China verkündete, da hatten nicht nur die Arbeiter und Bauern Chinas unter Führung ihrer Kommunistischen Partei eine entscheidende Schlacht gegen Ausbeutung und soziale und nationale Unterdrückung gewonnen; der Triumph der chinesischen Revolution erfüllte vielmehr die Arbeiter aller Länder und die unterdrückten Völker der ganzen Welt mit großer Begeisterung, weil er im Weltmaßstab das Kräfteverhältnis in großartiger Weise zugunsten der Revolution und des Sozialismus veränderte. Der Sieg der chinesischen Revolution war das größte weltgeschichtliche Ereignis seit dem Sieg der russischen Oktoberrevolution.

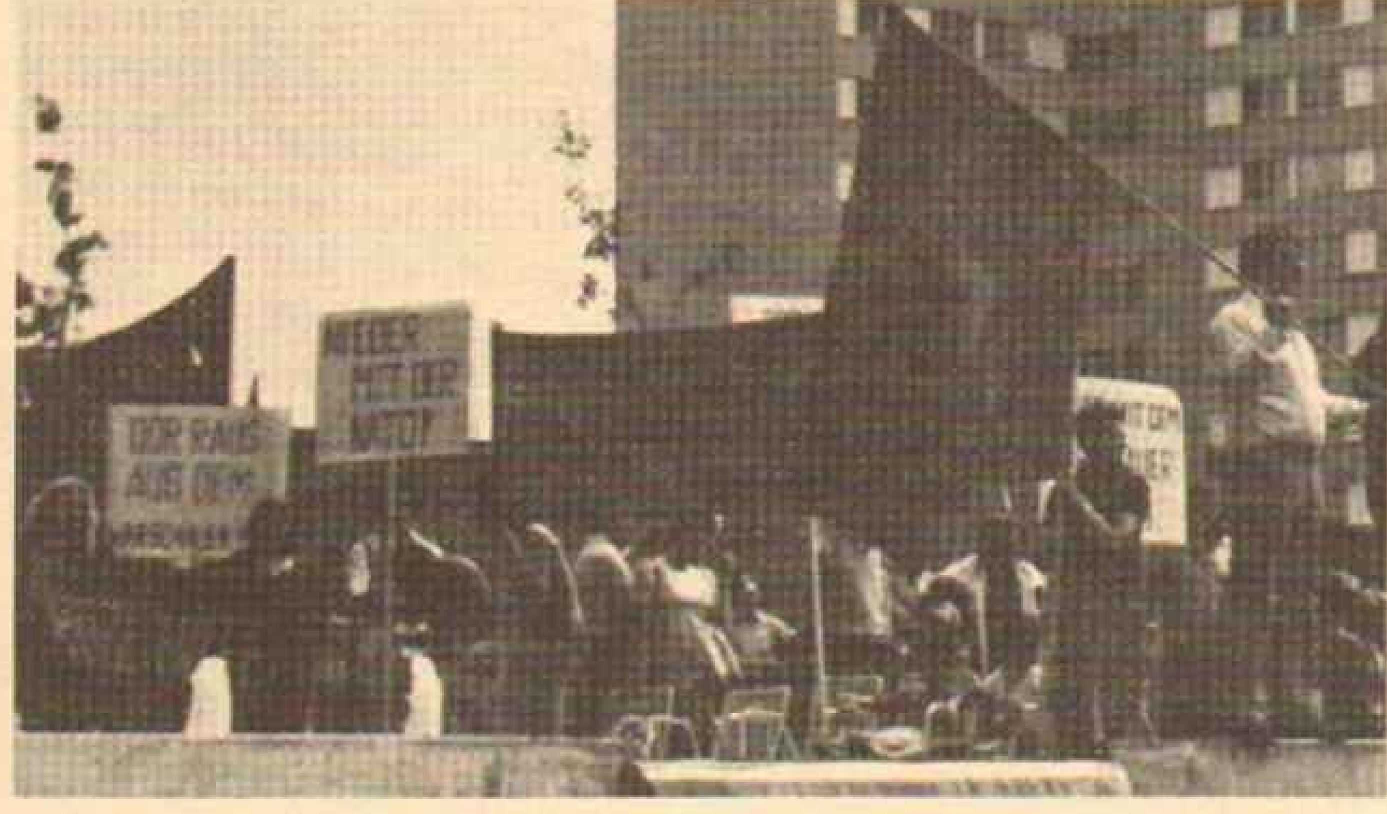
Fortsetzung auf Seite 8

Honecker-Clique ändert DDR - Verfassung:

Verräter der Nation Vasallen Moskaus!

Die Honeckerclique in der DDR hat den 25. Jahrestag der Gründung der DDR zum Anlaß genommen, mit einem erneuten tiefen Kotau vor den neuen Zaren im Kreml den Verrat an den nationalen Interessen des deutschen Volkes und der Souveränität der DDR nun auch verfassungsmäßig zu besiegeln.

Mit der dreisten Lüge, die DDR habe nun einen entscheidenden Schritt beim Aufbau des Sozialismus geleistet, sind in der Verfassung der DDR alle Stellen ausgemerzt worden, an denen bisher von der „deutschen Nation" und dem „deutschen Volk" die Rede war.



Kundgebung für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland

Wurde bisher in der Präambel auf die Verantwortung hingewiesen, *„der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen"*, so wird jetzt vom *„Volk der Deutschen Demokratischen Republik"* gesprochen. Hieß es in Artikel 1 der Verfassung vorher, die DDR ist *„ein sozialistischer Staat deutscher Nation"*, so heißt es jetzt *„ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern."* Gestrichen ist auch der Satz: *„Die DDR und ihre Bürger erstreben darüberhinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus."*

Eine solche Änderung der Verfassung damit zu begründen, daß die DDR jetzt in das Stadium der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft" eingetreten sei, ist nichts als übelste Demagogie. Bereits mit der Einführung ihres „Neuen ökonomischen Systems" in den fünfziger Jahren vollendete die neue Bourgeoisie in der DDR ihren Verrat am Sozialismus und restaurierte den Kapitalismus. Heute herrscht in der DDR eine faschistische Diktatur, die die Werktätigen brutal ausbeutet und unterdrückt. Darüberhinaus beweist auch der nationale Verrat, daß die DDR die Farbe gewechselt hat. Der Marxismus-Leninismus kennt keinen Widerspruch zwischen den sozialen und nationalen Interessen des Volkes. So hat auch die DDR, solange sie sozialistisch war, den Kampf gegen den Imperialismus, für die Einheit der deutschen Nation geführt und dabei gleichzeitig auf ihrer Anerkennung als souveräner Staat gegenüber den westdeutschen Imperialisten bestanden. Heute dagegen ist die Forderung nach der bedingungslosen staatlichen Anerkennung sowohl bei der Honeckerclique in der DDR als auch bei den modernen Revisionisten der D„K"P in der Versenkung verschwunden und wird stattdessen die Fahne der Spaltung der Nation geschwungen.

Dieser nationale Verrat der neuen Bourgeoisie in der DDR ist nichts als eine notwendige Konsequenz aus ihrem Verrat am Sozialismus. Als unter Führung der Ulbricht, Honecker und Co. der Kapitalismus in der DDR restauriert wurde, da sahen sie keine andere Möglichkeit, ihre Macht gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen der DDR zu verteidigen als mit Hilfe der Panzer der sowjetischen Sozialimperialisten. Für die Aufrechterhaltung ihrer Macht verriet die neue Bourgeoisie Stück um Stück die nationalen Interessen und die staatliche Souveränität der DDR. Auf Befehl der neuen Zaren im Kreml wurde die Forderung nach bedingungsloser völkerrechtlicher Anerkennung der DDR durch die westdeutschen Imperialisten fallengelassen, nahm die Honeckerclique es hin, daß beim Abschluß des Viermächteabkommens die sowjetischen Sozialimperialisten sich anmaßten, kolonialherrlich über die Souveränitätsrechte der DDR zu bestimmen und schließlich Westberlin, das rechtmäßig auf dem Territorium der DDR liegt, den westdeutschen Imperialisten zuzuschanzen.

Fortsetzung auf Seite 2

Stahltarifbewegung

14 Prozent heisst Lohnraub und Spaltung

14 % hat die Große Tarifkommission der IG Metall als Forderung für die kommende Stahltarifrunde aufgestellt. Außerdem sollen 4 Tage mehr Urlaub und ein verbesserter Kündigungsschutz für Stahlarbeiter über 55 Jahre gefordert werden. Die einhellige Meinung der Mehrzahl der Kollegen: „14 % – das ist viel zu wenig, da stehen wir bald mit weniger da als jetzt."



Opelkollegen zogen 1971 gegen den Tarifverrat der IGM vor das Gewerkschaftshaus

14 % sind – besonders angesichts der allgemeinen Preissteigerung – allerdings zu wenig. Und diese Forderung ist darüberhinaus spalterisch. Jede Prozentforderung vergrößert den Abstand zwischen den Lohngruppen. Darum ist es richtig und notwendig, daß unsere Forderungen einheitlich in Mark und Pfennig auf den Tisch kommen.

Bei der Aufstellung dieser Forderung haben IGM-Apparat und D„K"P-Revisionisten Hand in Hand gearbeitet. Die D„K"P-Revisionisten haben in den letzten Wochen auf vielen Vertrauensleuteversammlungen – so bei Hoesch, Rheinstahl-Meiderich und Mannesmann-Huckingen – einen Sockelbetrag von 50-60 Pf. plus 10 % als Forderung durchgesetzt.

AUS DEM INHALT:

Bonn pocht auf Vorherrschaft in Brüssel

Obwohl Landwirtschaftsminister Ertl auf der Brüsseler Konferenz nach telefonischem Kontakt mit Bundeskanzler Schmidt einer 5 %-igen Erhöhung der Agrarpreise ab 1. Oktober bereits mit Vorbehalt zugestimmt hatte, lehnte die Bundesregierung tags darauf den Brüsseler Beschluß ab, um andere EG-Länder, insbesondere Frankreich, zur Aufgabe nationaler Subventionsprogramme für die Landwirtschaft zu zwingen. Mit diesem demonstrativen Akt haben die westdeutschen Imperialisten eindeutig ihren Vorherrschaftsanspruch in der EG unterstrichen.

So ist in der französischen Presse dann auch von einem „Diktat Bonns" die Rede und die Pariser Zeitung „Le Monde" schreibt: „Die Epoche des eisernen Kanzlers hat begonnen: Deutschland hat keine Angst mehr zu zeigen, daß es stark ist und entschlossen, seine Interessen zu vertreten." In italienischen Zeitungen wird ebenfalls herausgestrichen, daß „Bonn immer mehr die Führungsrolle in der EG anstrebt".

Auf jeden Fall geht es hier nicht um die „Bekämpfung der Inflation" oder die „Wiedergewinnung der Stabilität", wie Schmidt uns weismachen will. Das Ganze ist vielmehr Ausdruck der verschärften Konkurrenz der Imperialisten innerhalb der EG. Das wird gerade an der Entwicklung des sogenannten Agrarmarktes deutlich: der sogenannte Agrarfond sollte ursprünglich angeblich die Aufgabe haben, die notwendigen Maßnahmen zu finanzieren, um die nationalen Landwirtschaften der EG-Länder auf einen gleichen Stand zu bringen, also die Voraussetzung für eine sogenannte „europäische Agrarwirtschaft" zu schaffen. Bis zur Erreichung dieses Ziels sollte aus diesem Fond auch die bestehende Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der nationalen Landwirtschaften durch Garantiepreise, Ausgleichszahlungen, Interventionskäufe usw. angeblich ausgeglichen werden. Tatsache ist aber, daß diese Ungleichmäßigkeiten immer größer wurden, daß die Summen, die aufgewendet werden müssen, um sie zu überbrükken, sich von 1968 bis 1974 vervierfacht haben. Nur noch rund ein Zehntel wird für die sogenannten Strukturveränderungen ausgegeben, die angeblich zur Schaffung eines „europäischen Agrarmarktes" führen sollen.

Die Verschärfung der Widersprüche ist vor allem auch eine Folge des wachsenden Kampfes der Bauern in den EG-Ländern gegen die Monopole und deren Regierungen. Ihr Kampf zwang die Regierungen, bestimmte Maßnahmen zur Verbesserung des Einkommens der Bauern vorzunehmen, deren Nutznießer allerdings vor allem die Großbauern sind. So zahlt die französische Regierung beispielsweise eine Rindfleischsubvention. Aber auch andere EG-Staaten wie Belgien und Italien versuchen mit nationalen Subventionsprogrammen die Empörung der Bauern zu unterlaufen und gleichzeitig auch die Konkurrenzfähigkeit ihrer Landwirtschaft verbessern. So konnte Frankreich unter Ausnützung der EG-Garantiepreise seine landwirtschaftlichen Produkte innerhalb der EG zeitweilig doppelt so teuer verkaufen, wie es auf dem Weltmarkt möglich gewesen wäre.

Frankreich ist der größte landwirtschaftliche Exporteur der EG, während die Bundesrepublik neben England der größte Importeur landwirtschaftlicher Produkte ist. Die westdeutschen Imperialisten wollen offensichtlich nicht durch eine weitere Erhöhung der Agrarpreise die verbesserten Konkurrenzbedingungen ihres größten Konkurrenten in der EG, des französischen Imperialismus bezahlen, solange dieser ihm nicht andere Vergünstigungen gewährt. **Dazu sollen die anderen EG-Länder jetzt gezwungen werden.**

Fortsetzung von Seite 1

Auf Befehl der neuen Zaren im Kreml wird schließlich jetzt als Gipfel des Speichelleckertums in der Verfassung der DDR verankert, daß die DDR mit der Sowjetunion „für immer und unwiderruflich" verbunden sei. „Für immer und unwiderruflich" also sollen die sowjetischen Sozialimperialisten die DDR ausplündern können. „Für immer und unwiderruflich" sollen sowjetische Panzer in der DDR rasseln, sollen unsere Klassenbrüder in der DDR für die Interessen der sowjetischen Sozialimperialisten in den Krieg ziehen, wie es schon beim Einmarsch in die CSSR der Fall war. „Für immer und unwiderruflich" sollen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen der DDR zum rechtlosen Diener der neuen Zaren im Kreml erklärt werden.

Diese Pläne der sowjetischen Sozialimperialisten lassen sich nur noch mit dem Größenwahnsinn der Hitlerfaschisten vergleichen, die ebenfalls verkündeten, sie würden ein „1 000jähriges Reich" errichten. Der Kampf der Völker unter Führung der damals sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins hat diese Pläne allerdings bereits nach 12 Jahren zunichte gemacht. Den sowjetischen Sozialimperialisten wird es nicht anders ergehen.

Denn die Völker erkennen immer besser, daß sich hinter dem Gerede der sowjetischen Sozialimperialisten von „Sozialismus" und „Frieden" in Wirklichkeit eine aggressive Supermacht verbirgt, die nur ein Ziel kennt, den entscheidenden Rivalen im Kampf um die Hegemonie auf der Welt, den USA-Imperialismus, aus dem Feld zu schlagen. Besonders in den revisionistischen Ländern wächst der Haß der Werktätigen auf die imperialistischen Besatzer, so daß die neuen Zaren im Kreml gezwungen waren, ihre Besatzertruppen dort zu verstärken. Jeder dritte Soldat der sowjetischen Sozialimperialisten steht heute außerhalb der Grenzen der Sowjetunion, die meisten davon in diesen Ländern. Und besonders diesen Völkern soll jetzt mit der Änderung der Verfassung der DDR die „Rechtmäßigkeit" der Stationierung der sowjetischen Truppen in anderen Ländern vorgegaukelt werden. **Darüberhinaus bereiten die sowjetischen Sozialimperialisten damit bereits heute den Boden, damit sie bei einem Anwachsen der antiimperialistischen Bewegung in der DDR und in anderen Ländern „im Namen des Volkes" solche Befreiungskämpfe blutig niederschlagen können.**

Aber diese weitere Verschärfung der Unterdrückung unserer Klassenbrüder in der DDR ist zugleich eine Warnung an das ganze deutsche Volk und die Völker Europas. **Einmal mehr wird deutlich, daß für die sowjetischen Sozialimperialisten der gegenwärtige Schwerpunkt ihrer Rivalität mit dem US-Imperialismus in Westeuropa liegt.** Wenn die sowjetischen Sozialimperialisten sich stark genug fühlen, diese Frage mit kriegerischen Mitteln zu entscheiden, dann wird auch Deutschland zum Kriegsschauplatz werden, wo sich die Militärblöcke Nato und Warschauer Pakt direkt gegenüberstehen. Mit diesem verbrecherischen Ziel vor Augen, Deutsche gegen Deutsche in den Krieg zu hetzen, ist es für die sowjetischen Sozialimperialisten momentan wichtig, den Gedanken an die Einheit der deutschen Nation bei der Bevölkerung der DDR und über die D„K"P auch bei den Werktätigen der Bundesrepublik zu zerstören. Was natürlich nicht heißt, daß sie nicht zu gegebener Zeit die Flagge der Einheit der Nation wieder hervorkramen, um sie ihren imperialistischen Eroberungstruppen voranflattern zu lassen.

Diese Masche ist uns von den westdeutschen Imperialisten hinreichend bekannt. Als nach dem zweiten Weltkrieg die Zeichen für sie ungünstig standen, da betrieben sie die Spaltung der Nation. Das Beschwören der „Einheit der Nation" haben sie trotzdem nicht aufgegeben. Es diente aber auch unter dem Mantel der Ostpolitik nie einem anderen Ziel als der revanchistischen Politik der Rückeroberung der DDR zum Nutzen der Krupp und Thyssen. Der nationale Verrat der Honeckerclique und auch der D„K"P hat es ihnen dabei leichter gemacht, sich als „Hüter der Nation" aufzuspielen. So spielten sie auch jetzt bei der Verfassungsänderung der DDR die empörten Patrioten. In Wirklichkeit sind ihre Pläne leicht zu durchschauen. Keinen Moment haben sie bei all dem Entspannungsgerede der letzten Jahre daran gedacht, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen. Stattdessen haben sie unter Ausnutzung der hegemonistischen Ziele der sowjetischen Sozialimperialisten Westberlin widerrechtlich an sich gerissen. Und auf diesem Weg der imperialistischen Raubpolitik werden sie weitergehen, wenn ihnen nicht die Arbeiterklasse in die Arme fällt.

Der schamlose Verrat an den nationalen Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes in der DDR führt uns noch einmal vor Augen, daß es für das deutsche Volk unter der Herrschaft der westdeutschen Imperialisten und der neuen Bourgeoisie keine nationale und soziale Freiheit geben kann. Diese Freiheit kann nur errungen werden, wenn in der sozialistischen Revolution die Diktatur des Proletariats in der DDR wiedererrichtet bzw. in Westdeutschland errichtet wird.

"UZ" Pressefest in Düsseldorf:

Geist der Klassenversöhnung

„Liebe Besucher, wer von Hamburg hört, der denkt an Schiffe, Hafen, St. Pauli, an Sturm und Mövengeschrei. Wer bekommt nicht Fernweh nach fremden Ländern und ihren Menschen? – Erleben Sie echte internationale Atmosphäre mit unserem Programm und Künstlern aus Chile, Italien, Irland, der DDR und anderen Ländern. Atmen Sie den Duft der großen weiten Welt, den wir reichlich mit nach Düsseldorf gebracht haben."

Das sind Sätze aus dem Werbeblatt der Hamburger Bezirksorganisation der modernen Revisionisten der D„K"P für die Besucher ihres Zeltes auf dem „UZ"-Pressefest in Düsseldorf. Diese Art und Weise der Werbung war typisch für die Vorbereitung, den Verlauf und den gesamten Charakter dieses revisionistischen „Festes der Arbeiterpresse".

Die 250 000 Besucher konnten die „Eß- und Trinkspezialitäten aus deutschen Landen genießen", ihnen wurden Hochseilakrobaten, Stars und Olympiasieger aus der DDR, Rock-, Jazz- und Folkloregruppen, Flohmarkt und Lotterie geboten. Der Revisionistenhäuptling Mies nannte diese raffinierte, widerwärtige Mischung aus allen Elementen der kapitalistischen Show- und Unterhaltungsindustrie eine „machtvolle Demonstration" und Hermann Gautier sprach von einem „machtvollen Bekenntnis zur antiimperialistischen Solidarität und zum proletarischen Internationalismus"!

Mit der Verfälschung der Solidarität mit dem revolutionären Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und des revolutionären Klassenkampfes im eigenen Land zu einem „Jahrmarkt", versuchen die modernen Revisionisten die Unversöhnlichkeit, die Verschärfung der Klassenwidersprüche zu verwischen und zu vertuschen.

Die modernen Revisionisten versuchten ihrem Jahrmarkt den Charakter eines Volksfestes zu geben. In den Zelten ihrer zwölf Landesbezirke ließen sie deshalb Trachtengruppen auftreten, hatten sie Kapellen und Sängergruppen engagiert, die Volkstänze spielten und Volkslieder sangen. Die D„K"P-Revisionisten nutzten die Beliebtheit der wirklichen Volkskultur aus, um die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse, des deutschen Volkes, das Erbe der kämpferischen revolutionären und fortschrittlichen Kultur völlig zu verraten. Einerseits vermengten sie die Volkslieder, -tänze usw. mit einem großen Angebot von Beat, Rock und Pop, stellten beides auf eine Stufe und verwischten so die Trennungslinie zwischen dem Gift der Bourgeoisie für die Jugend und der fortschrittlichen und revolutionären Kultur des Volkes. Andererseits verfälschten sie die Eigenarten der Hessen, Bayern usw., benutzten sie, um eine unechte, „volkstümelnde" Stimmung zu erzeugen und um sie offen zu verhöhnen.



Vergeblich versuchte die D"K"P, die Parole vom Rheinufer zu entfernen

Wenn z. B. im Bayernzelt auf einem riesigen Wandbild „Karl Marx von den Bergen steigt" (UZ), wenn die „hessische Mentalität" mit den Worten „Was Gutes esse – e gut Schöppche trinke – gemütliche Stimmung" beschrieben wird und dann gesagt wird, „diese drei Dinge sind auch der Grund dafür, daß die arbeitende Bevölkerung in Hessen genug verdienen muß (...) und daß sie den Frieden braucht wegen der gemütlichen Stimmung", dann dokumentiert das ihre völlige Entartung.

Angesichts der Verschärfung der Klassenwidersprüche und des wachsenden Einflusses des Marxismus-Leninismus, unserer Partei, versuchen die modernen Revisionisten mit allen Mitteln den Geist der Klassenversöhnung in der Arbeiterklasse, der Jugend und unter den Werktätigen zu verbreiten. Das ist auch der Grund, warum die Bourgeoisie das „UZ-Pressefest" ausnutzte, um für die D„K"P verstärkt in Presse, Rundfunk und Fernsehen Reklame zu machen. So berichteten zum Beispiel Genossen aus Hamburg, daß am Samstag, den 21. 9., als sich die Demonstration der ROTEN HILFE zur Unterstützung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen formierte, die Polizei auf Fragen von interessierten Passanten antwortete: „Die wollen zum UZ-Pressefest nach Düsseldorf fahren."

Die Bourgeoisie braucht solche Handlanger, die mit dem Geist der Klassenversöhnung und Klassenzusammenarbeit, den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse verhindern sollen.

Auf dem Rücken des iranischen Volkes:

Geschäfte mit dem Schah

Vor kurzem war der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Wischnewski, in Teheran und verhandelte mit dem iranischen Ministerpräsidenten Howeida über „wirtschaftliche Fragen". „Bild" berichtet: „Milliardenaufträge! Der Schah holt deutsche Bauarbeiter!"

In dem folgenden Interview gibt Wischnewski bekannt, daß westdeutsche Kapitalisten im Iran in den kommenden Monaten über 100 000 Wohnungen bauen sollen, daß die Errichtung von Fabriken für Fertigbauteile geplant ist und daß der Schah alle diese Aufträge bar bezahlen will.

Als sich der Schah vor ungefähr zwei Monaten mit 25,04 % an Krupp beteiligte und beide seitdem eine gemeinsame Investitionsgesellschaft in der Schweiz betreiben, schrieb der ROTE MORGEN, daß die westdeutschen Imperialisten „damit einen nicht unbedeutenden Einbruch in ein strategisch entscheidendes Gebiet erzielt haben, auf das beide Supermächte besonderen Wert legen". Um die Vertiefung und Ausweitung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses der westdeutschen Imperialisten im Iran ging es auch bei den Verhandlungen, die Wischnewski führte. Es ist klar, daß die Bauaufträge nicht im Mittelpunkt der Gespräche gestanden haben, Bild greift sie heraus, um bei den 40 000 arbeitslosen Bauarbeitern die Hoffnung zu erwecken, daß durch die Milliardenaufträge ihre Arbeitsplätze gesichert werden könnten.

Die westdeutschen Imperialisten betrachten den Iran schon seit längerer Zeit als eines der Hauptländer, die sie ausplündern, in denen sie Höchstprofite machen können. Vor noch nicht allzulanger Zeit war Bundeswirtschaftsminister Friderichs an der Spitze einer Delegation der westdeutschen Monopolbourgeoisie, der die mächtigsten Männer des Finanzkapitals angehörten, im Iran. Vor zwei Wochen wurde bekannt, daß westdeutsche und iranische Regierungsstellen über den Bau von Atomkraftwerken in Persien verhandeln und das „Handelsblatt" frohlockte über die „ungewöhnlich starke deutsche Beteiligung" auf der Handelsmesse in Teheran.

Daß die westdeutschen Imperialisten ihr Auge gerade auf den Iran geworfen haben, ist kein Zufall. Schon seit jeher hat der Schah, der durch die Bajonette der USA-Imperialisten in Persien an die Macht gekommen ist, die Reichtümer seines Landes an ausländische Imperialisten verschachert, das Volk grausam unterdrückt und ausgepreßt und auf diese Weise ungeheure Reichtümer zusammengerafft. Der Schah hat sich sogar nicht gescheut, mit Truppen an der Aggression der Imperialisten gegen die Völker von Oman und Dhofar teilzunehmen und ist dabei, die Reichtümer des Landes nicht nur an die USA-Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten, sondern auch an die sowjetischen Sozialimperialisten zu verschachern.

Während die Länder der Dritten Welt ihren Kampf gegen fremde Einmischung und Kontrolle, zur Verteidigung ihrer Rohstoffquellen, für ihre Unabhängigkeit, gegen die Aggression der beiden Supermächte und aller Imperialisten verstärken, öffnet ihnen der Schah weit die Tore. Schon heute kämpft das iranische Volk gegen die imperialistischen Räuber und gegen das grausame Unterdrückerregime des Schah. Es wird seinen Kampf weiterführen bis zur vollständigen Befreiung.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag Gernot Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 - 466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

"Sofortprogramm" für den Profit der Monopole

In fast allen Automobilbetrieben wird wieder kurzgearbeitet. Den Beschwichtigungsreden der Automobilkapitalisten im Sommer zum Trotz, haben sie sofort nach Ablauf der Zwangspause wieder begonnen, mit Hilfe der Kurzarbeit die Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Einzelne Kapitalisten kündigen jetzt auch schon offen Massenentlassungen für den Winter an.

Daß es in der Automobilindustrie nicht nur Produktionsrückgänge auf Grund teureren Benzins usw. gibt, ist inzwischen eine Tatsache, die auch Kapitalisten und Regierung nicht mehr einfach zu leugnen wagen. Ein Produktionsrückgang in diesem Jahr um 25 %, 10 % weniger Export, 100 000 Autos mehr auf der Halde seit einigen Monaten, das sind deutliche Zahlen. In dieser Situation predigen die Automobilkapitalisten und die bürgerliche Presse die Theorie von der „konjunkturellen Talsohle", in der sich die Automobilindustrie befinde. Als „Beweis" dafür pocht der Verband der Automobilindustriellen darauf, daß der Bedarf an Autos in der Bundesrepublik noch lange nicht gedeckt sei, wofür unter anderem die steigenden Verkaufszahlen bei Gebrauchtwagen herhalten müssen. Diese Argumentation mit dem weiter steigenden „Bedarf" an Autos ist allerdings ein sehr durchsichtiges Manöver, um die Arbeiterklasse über das wahre Ausmaß und die Ursachen der Krisenerscheinungen in der Automobilindustrie zu täuschen. Seit wann wird im Kapitalismus produziert, um die Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen? Die „verbraucherfreundlichste" Art, die Autohalden abzubauen, wäre doch zweifellos, die Autos besonders billig an die Werktätigen zu verkaufen. Stattdessen aber sind im letzten Jahr die Autopreise um rund 18 % gestiegen. Schon daran zeigt sich, daß die Kapitalisten nicht für die Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen produzieren, sondern ausschließlich für den Profit. Womit sie diesen Höchstprofit erzielen, ist den Kapitalisten im Grunde genommen egal. Wenn mit Autos kein Höchstprofit mehr zu erzielen ist, dann investieren sie ihr Kapital eben in anderen Bereichen.

Alle die Märchen, die Kapitalisten, Regierung und bürgerliche Presse über die Ursachen der Kurzarbeit, der drohenden Massenentlassungen in der Automobilindustrie und anderen Produktionszweigen verbreiten, haben ausschließlich den Zweck, vor der Arbeiterklasse die Wahrheit zu verdrehen, daß es der Kapitalismus selber ist, der die Krisen hervorbringt. Die Arbeiter sollen den Ausweg aus der Krise nicht im revolutionären Klassenkampf



und schließlich im Sturz der Kapitalistenklasse, sondern in der Zusammenarbeit mit den „armen, krisengeschüttelten" Kapitalisten sehen. So folgte auch bei den Automobilkapitalisten der Lüge von der „konjunkturellen Talsohle" die Aufforderung zum Lohnverzicht, um „gemeinsam" wieder auf „lichtere Höhen" zu kommen.

Diesem Ziel, die Arbeiterklasse über die Ursachen der Krise zu täuschen und sie vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten, dient auch das jetzt von der Bundesregierung verabschiedete „Sonderprogramm zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung". Angeblich soll mit diesen 950 Millionen DM aus den Kassen von Bund und Ländern der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vor allem in der Bauindustrie geführt werden. Auch hier soll der Arbeiterklasse eingeredet werden, daß es sich in der Bauindustrie nur um eine vorübergehende Krise handelt, die mit einigen gezielten Aufträgen behoben werden kann. Die meisten Bauarbeiter sind deshalb arbeitslos, weil angesichts der Überproduktion die kleinen Firmen, bei denen sie beschäftigt waren, im Konkurrenzkampf gegen die großen Konzerne nicht bestehen konnten und deshalb Pleite gingen. Schaut man sich nun das „Sofortprogramm" der Bundesregierung an, so wird klar, daß es diese Tendenz zur Konzentration unterstützt. Der imperialistische Staat greift nicht ein, um den Arbeitern zu helfen, aber auch nicht, um dem kleinen Krauter unter die Arme zu greifen. Er greift ein als Instrument der Monopole. Denn wer sonst als die großen Baufirmen ist in der Lage, Aufträge zum Bau von Schulen, Hallenbädern, Heiz- und Wasserwerken usw. zu übernehmen?

Darüberhinaus dienen von den 250 Mio., die die Bundesregierung allein zu Verfügung stellt, allein 85 Millionen direkt und indirekt der Aufrüstung der Bundeswehr und der Polizei. Hier wird völlig offensichtlich, warum der kapitalistische Staat eingreift. Nicht um die Interessen der Arbeiterklasse zu sichern, sondern um den Profit und die Macht der Kapitalistenklasse gegen die wachsenden Kämpfe der Arbeiterklasse zu verteidigen.

Stahltarifbewegung

Fortsetzung von Seite 1

Die Metaller haben wie die Kollegen anderer Branchen mit solchen „Sockelforderungen" schon ihre Erfahrungen gemacht: in den „zähen und harten" Verhandlungen schmelzen die Sockelbeträge dahin wie Schnee in der Sonne und schließlich ist praktisch die Prozentzahl „Verhandlungsgrundlage". Indem die modernen Revisionisten diesen scheinbaren Kompromiß zwischen einer reinen Mark-Forderung und einer Prozentforderung durchsetzten, wollten sie vor allem verhindern, daß die Kollegen sich gegen den Apparat um eine richtige Forderung zusammenschließen.

Der IGM-Apparat hat bereits klar zu erkennen gegeben, mit welcher Taktik er versuchen will, zumindest einen Teil der Kollegen mit der niedrigen und spalterischen 14 %-Forderung zu versöhnen. **Der verräterische Charakter der Lohnforderung soll durch ein entsprechendes Herausstreichen von Forderungen zum Manteltarifvertrag kaschiert werden.** In Baden-Württemberg hat die IGM sogar schon Warnstreiks wegen Manteltarifsfragen initiiert. Natürlich muß man mehr Urlaub fordern und erkämpfen, natürlich fordern wir Kündigungsschutz für unsere älteren Kollegen. Nur die Rechnung „2 Tage mehr Urlaub, dafür 2 Groschen weniger die Stunde" – diese Rechnung, die uns Kapitalisten und IGM-Bonzen aufmachen wollen, geht nicht auf. Was nützen uns ein paar Tage mehr Urlaub, wenn Monat für Monat das Geld kaum reicht, wenn Wochenende für Wochenende Überstunden gefahren werden müssen, damit man überhaupt über die Runden kommt und wenn bei alledem an eine Urlaubsreise nicht zu denken ist.

Was Kapitalisten und DGB-Apparat bei diesen Manövern mit Recht fürchten müssen, ist die geschlossene, einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse. Nicht umsonst wurden in diesem Jahr die Tarifbewegungen für Stahl und Metall um drei Monate auseinandergezogen. **Denn Stahl soll nur der Auftakt zu einem Lohnraubfeldzug gegen die gesamte Arbeiterklasse sein.** Nicht umsonst spricht IGM-Loderer davon, in der metallverarbeitenden Industrie sei wegen der „Automobilkrise" „Zurückhaltung möglich". Bundeskanzler Schmidt macht der Arbeiterklasse eine offene Kampfansage, wenn er davon spricht, daß die „Bekämpfung der Gruppeninteressen" notwendig sei, „um die Krise zu verhindern". Und auch Bundeswirtschaftsminister Friderichs läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, wenn er erklärt, mehr als 9-9,5% sei nicht „vertretbar".

Schmidt, Friderichs und Loderer stoßen ins gleiche Horn, ganz im Sinne der Mitbestimmungsbroschüre des DGB, in der die Rentabilität der Betriebe als das gemeinsame Interesse von Kapitalisten und Arbeitern angepriesen wird. Und auch die D„K"P-Revisionisten vertreten im Grunde nichts anderes. Sie schwärmen von den „sagenhaften" Profiten der Stahlkapitalisten und erklären, die Stahlkapitalisten könnten zahlen, also dürften die Arbeiter auch „kräftig" fordern. Ganz abgesehen davon, daß das bedeuten würde, daß die Arbeiterklasse im Falle weniger „sagenhafter" Profite nicht für mehr Lohn kämpfen dürfte, versuchen sie so vor allem, die Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse zu verwischen. Sie behaupten im Grunde, daß, wenn es den Kapitalisten gut geht (sagenhafte Profite), es auch den Arbeitern gut geht (kräftige Lohnerhöhung). Sie stehen damit bei aller Scheinradikalität in einer Reihe mit den Kapitalisten, ihrer Bonner Regierung und dem imperialistischen DGB-Apparat. Sie alle wollen der Arbeiterklasse jetzt Lohnraub aufzwingen, sie vor den Karren kapitalistischer Interessen spannen.

Dabei tritt die Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse immer klarer zu Tage. Die Kapitalistenklasse versucht unter dem Vorzeichen der verschärften Krise, ihre Profite durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse zu sichern, nach Möglichkeit zu steigern. Verschärfte Arbeitshetze in den Betrieben, gleichzeitig Kurzarbeit und Massenentlassungen. Angesichts wachsender Arbeitslosenzahlen soll jetzt der Arbeiterklasse mit der Drohung einer weiteren Verschärfung der Krise, noch grösserer Arbeitslosigkeit, erneuter Lohnabbau aufgezwungen werden. Der DGB-Apparat versucht als Instrument des Kapitals, diese Politik gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen. Die D„K"P-Revisionisten stützen nicht nur den DGB-Apparat, sie versuchen die Arbeiterklasse über die tatsächliche Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zu täuschen und predigen die „Klassenversöhnung".

Die Arbeiterklasse muß auf ihre eigenen Kräfte vertrauen. Für sie gibt es nur den Weg des revolutionären Klassenkampfes gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrükkung, gegen den Kapitalismus und seine Handlanger.



Gespräch mit Artisten: Ausgebeutet und erpreßt von kapitalistischen Agenturen

Anläßlich einer Arbeitsgerichtsverhandlung gegen den Rausschmiß einer Genossin trafen wir drei Artisten. Wir nahmen an ihrer Verhandlung teil. Sei klagten gegen den Unternehmer, der sie engagiert hatte, weil er sie um 1 000 DM betrogen hatte. Er hatte ihnen 1 000 DM weniger bezahlt, weil zwei von ihnen wegen einer Verletzung einen Abend und den folgenden Tag nicht auftreten konnten.

Wie sich dann in der Gerichtsverhandlung und beim anschließenden Gespräch mit den Artisten, das einige Genossen führten, herausstellte, sind auch diese Kollegen schärfster Ausbeutung und Rechtlosigkeit ausgesetzt. Sie haben „Sondertarifverträge". Wenn sie krank werden, dann ist das ihre Schuld und ihr Problem. Am meisten abhängig sind sie von den Agenturen. Sie erzählten: *„Da machen wir z.B. einen 25-Tage-Vertrag mit einer Agentur. Am Ende kriegen wir für 24 Tage bezahlt. Beschweren wir uns, dann heißt es: ‚24 Tage sind doch auch sehr gut, und Ihr wollt euch für diesen einen Tag keinen Ärger machen, nicht wahr?' – Machen wir doch Ärger und versuchen, unser Recht zu bekommen, dann kriegen wir für 5 oder 6 Jahre keinen Vertrag mehr mit der Agentur und außerdem informiert die Agentur noch einige andere."*

Ähnlich erpreßt wurden die Artisten auch bei ihrem letzten Engagement. Der Montag war ihnen vertraglich als freier Tag zugesichert worden, sie mußten aber arbeiten. Außerdem mußten sie jetzt, um ihr Recht zu bekommen, extra von Luxemburg nach Hamburg zum Gericht reisen. Durch den Zeit- und Geldaufwand ruinieren sich die Kollegen praktisch, wenn sie versuchen, sich gerichtlich durchzusetzen.

Und dieses Mittel der Erpressung, das die Agenturen und Unternehmer den Artisten gegenüber anwenden, wurde von der Richterin in Hamburg auch benutzt. Scheinheilig sagte sie: *„Nehmen Sie doch einen Vergleich an, Sie müssen ja so weit reisen, das wird so teuer für Sie."* Das war genau im Sinne der Unternehmer! Als wir mit den Kollegen sprachen, sprudelte ihre ganze Empörung über dieses Verhalten des Gerichts aus ihnen heraus. Einer sagte: *„Ick hab dett ja imma schon jesacht: dett Jericht, eene Hure von die Kapitalisten."*

Im Dezember werden wir uns wieder mit ihnen treffen und bereden, wie sie den Kampf dagegen aufnehmen. Sie haben schon viel Material gesammelt, um die Ausbeutung auch in ihrem Beruf aufzuzeigen. Das wollen sie uns geben und mit uns diskutieren. Außerdem geht dann wahrscheinlich die Gerichtsverhandlung weiter, bei der wir sie dann tatkräftig unterstützen werden.

"Sie kalkulieren Verletzung und Tod der Arbeiter ein..."

Korrespondenz: An einem Montag Anfang September standen bei der Klöckner Hütte in Bremen die meisten Maschinen still. Das bedeutete für die Klöcknerbosse Verluste, die in die Millionen gingen. Als die Panne passierte, hing im LD-Werk gerade eine Pfanne mit glühendem Stahl am Kran. Sie mußte von Hand heruntergedreht werden. Das Warmwalzwerk stand. Ein Hochofen mußte geleert werden.

Und das alles, weil im LD der Hauptkabelschacht nur mit einer unbefestigten Platte abgedeckt war. So konnte es passieren, daß ein Lastwagen mit Schlacke einbrach und die Schlacke sich in den Kabelschacht ergoß.

Wie man hört, wollte Direktor Habbig die Produktion nach provisorischer Reparatur des Kabels weiterlaufen lassen. Die weiteren Prüf- und Reparaturarbeiten sollten bei vollem Saft im 110 000 Voltkabel stattfinden. Das wurde vom Direktor der Stadtwerke allerdings abgelehnt.

Das zeigt: Arbeitsschutz ist für die Kapitalisten nichts als ein leeres Wort. Sie kalkulieren kaltblütig Verletzungen oder gar den Tod der Arbeiter ein, wenn es um ihren Profit geht.

Kaufhof: Verkäuferinnen mußten verdorbenes Fleisch verkaufen

Korrespondenz: Im Urlaub besuchte ich meine Schwester in der Nähe von Frankfurt. Sie arbeitete eine Zeitlang als Kassiererin in der Lebensmittelabteilung des Kaufhofs an der Zeil, der Hauptgeschäftsstraße in Frankfurt.

Die Verkäuferinnen wurden dort gezwungen, Fleisch, das schlecht geworden war, zu verkaufen. Einmal brachte eine Kundin das Fleisch zurück und beschwerte sich, daß man ihr verdorbenes Fleisch verkauft hatte. Die Verkäuferin, die das Fleisch verkauft hatte, erhielt daraufhin eine schriftliche Verwarnung, die sie auch noch unterschreiben mußte. Wahrscheinlich wird heute immer noch verdorbenes Fleisch verkauft.

Eine andere Verkäuferin schnitt sich zweimal und bekam jedes Mal eine Blutvergiftung. Nach der zweiten Verletzung wurde sie gefragt, ob sie denn nicht genügend schlafe, daß sie sich dauernd in den Finger schneide!

Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie die Kapitalisten in ihrer Profitgier die Gesundheit der Verkäuferinnen und der Bevölkerung mißachten und die Verantwortung ihrer verbrecherischen Taten noch auf die einzelnen Angestellten abwälzen versuchen.

Revisionistisches

GRF: Ideologisch total verrottet

Der Buchladen der GRF in Tübingen spiegelt den ideologisch total verrotteten Zustand dieser Spalterorganisation wieder. Während der Chile-Kampagne hatten die GRF-Leute nichts Besseres zu tun, als Schriften des chilenischen Revisionistenführers Corvolan im Schaufenster anzubieten. Betritt man diesen Laden, so fallen einem gleich alle möglichen bürgerlichen und revisionistischen Werke entgegen. Unter der Rubrik „Geschichte der KPD" stehen die revisionistischen Geschichtsfälscher direkt neben den Werken Ernst Thälmanns. Unter der Rubrik „Italien" findet man die Werke des Erzrevisionisten Togliatti. Auf dem Ladentisch liegt Dutschkes durch und durch antikommunistisches Machwerk, das gerade erschienen ist, in dem Lenin und Stalin als für die revisionistische Entartung der Sowjetunion Verantwortliche angegriffen werden und in dem die russische Oktoberrevolution verteufelt wird. Will man aber die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin oder Mao Tsetung, so muß man durch einen engen Gang in ein Hinterzimmer, das nur den häufigeren Besuchern bekannt ist.

Polen: Denkmal für den Papst

„Für Papst Johannes XXIII., der als Fürsprecher des Friedens und der Völkerfreundschaft gilt, wurde in Wroclaw ein Denkmal errichtet." Dieses Zitat und unten stehendes Foto stammen nicht etwa aus dem „Rheinischen Merkur", dem Hausblatt des katholischen Klerus, sondern aus der UZ vom 20. 9. 1974. Besagtes Wroclaw liegt nämlich in Polen. Daß die Freundschaft des Vatikans mit den revisionistischen Ländern wie der Sowjetunion oder auch Polen, sich immer mehr festigt ist allerdings eine bekannte Tatsache, die sich daraus erklärt, daß die neuen Bourgeoisien dieser Länder verstärkt versuchen, das Gift



Papstdenkmal in Polen (Wroclaw)

der Religion unter den von ihnen ausgebeuteten und unterdrückten Völkern zu verbreiten. Sie hoffen, die Völker könnten dadurch vom revolutionären Kampf gegen die Diktatur der neuen Ausbeuterklassen abgehalten werden. Der Aufstand der polnischen Arbeiterklasse im Dezember 1970 hat der Gierek-Clique offensichtlich mit aller Schärfe vor Augen geführt, wie bitter nötig sie die „Fürsprache des Vatikans" hat. Angesichts der Tatsache, daß die modernen Revisionisten im Vatikan einen so entschiedenen „Fürsprecher für den Frieden" sehen, daß sie ihm sogar ein Denkmal setzen, ist es wohl nur noch eine Frage der Zeit, wann sie Panzer, Kanonenboote und Nuklearraketen, mit denen die Neuen Zaren im Kreml den Völkern der Welt ihren „Frieden" bringen wollen, vom Papst persönlich eingesegnet werden.

„S"EW: Tips für die Polizei

Die Westberliner Kripo läßt Beamte als „Kellner" arbeiten. Sie sollen offensichtlich tragende Säulen des Spitzelsystems sein, zu dem u.a. auch die seit kurzem in Westberlin eingesetzten „Kontaktbeamten" gehören. Die Bespitzelung der Westberliner Bevölkerung aber stört die „S"EW-Revisionisten überhaupt nicht. Stattdessen geben sie in ihrer Zeitung, die absurderweise „Die Wahrheit" heißt, dem Klassenfeind einen sicher gutgemeinten Rat: „Wären ‚einfache' Streifenbeamte nicht vielleicht doch effektiver..."

Verband der Kriegsdienstverweigerer:

Revisionisten hetzen gegen revolutionäre Antimilitaristen

Unsere Partei und ihre Jugendorganisation, die ROTE GARDE, verfolgen eine klare Linie im antimilitaristischen Kampf. Wir fordern die Jugend unseres Landes nicht auf, den Kriegsdienst in der imperialistischen Bundeswehr zu verweigern. Als Kommunisten arbeiten wir in der Armee mit dem Ziel, die soldatische Jugend unter der Losung „Krieg dem imperialistischen Krieg!" auf revolutionärer Grundlage zusammenzuschliessen. Wir treten vor allem der von den modernen Revisionisten der D„K"P und ihrer Jugendorganisation „S"DAJ verbreiteten Ideologie des Pazifismus entgegen, indem wir klar sagen, daß die Soldaten im Ernstfall, wenn die Imperialisten unser Volk erneut in einen imperialistischen Krieg hetzen wollen, oder wenn das Feuer auf die kämpfende Arbeiterklasse eröffnet werden soll, die Gewehre gegen die Kapitalistenklasse und die Offiziere, die die Durchführung der Mordbefehler erzwingen wollen, drehen müssen. Wir fordern die Jugend auf, den Gebrauch der Waffen gut zu studieren, um auch militärisch für die proletarische Revolution ausgebildet zu sein. Daneben aber unterstützen wir auch alle Bestrebungen im revisionistisch beherrschten Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK), die im Kampf gegen Pazifismus und modernen Revisionismus die revolutionäre Gewalt verteidigen, die erkannt haben, daß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg nur durch den revolutionären Sturz des Imperialismus zum Sieg geführt werden kann. Auf diese revolutionären Antimilitaristen im VK veranstaltet der revisionistische Bundesvorstand eine wilde Hetzjagd, um diese revolutionäre Opposition im VK zu liquidieren. Die Ortsgruppe Bochum des VK und die VK-Opposition in Bonn und Münster haben uns gebeten, folgende Pressemitteilung zu veröffentlichen:

Pressemitteilung:

Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Opposition im Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Der Bundesausschuß hat die Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen die Aktiven und den Vorstand der Gruppe Bochum beantragt.

Die Gruppe Bochum hat sich entwickelt im Kampf gegen bürgerliche Ideologien wie Pazifismus, Revisionismus, und Reformismus. Von Anfang an hat sie bewiesen, daß der Kampf gegen den Militarismus ein Teil des gesamten Klassenkampfes sein muß.



Aus dieser Erkenntnis heraus haben aktive Mitglieder und Sympathisanten an einer Reihe antimilitaristischer und antiimperialistischer Aktionen teilgenommen, wie z.B. an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972, der Demonstration gegen das reaktionäre Ausländergesetz, gegen das drohende CISNU-Verbot, gegen den Häuptling des Sozialimperialismus Breschnew und andere mehr. Dadurch gelang es in Aktionseinheiten mit revolutionären und fortschrittlichen Organisationen, die Front gegen Militarismus und Imperialismus zu stärken.

Auch die Entwicklung der politischen Linie vollzog sich in ständiger Abgrenzung gegen die revisionistischen und pazifistischen Elemente in der Bewegung. Gleich zu Anfang veröffentlichte die Gruppe Bochum ein Papier zur Frage der Gewalt, in dem ausdrücklich gesagt wird, daß revolutionäre Gewalt zu unterstützen ist, daß reaktionäre Gewalt dagegen mit revolutionärer Gewalt des Volkes bekämpft werden muß.

Schon damals wurde ein Ausschlußantrag gegen die Gruppe Bochum gestellt, der aber niedergeschlagen wurde.

Seitdem die Fraktion der Revisionisten, Reformisten und Pazifisten im Frühjahr 1973 den Vorstand im VK übernommen hat, hat sich die Diskriminierung der Opposition weiter verschärft.

Bundeskongreß Anfang 1973: Initiativantrag Bochum, von einem Drittel der Delegierten unterschrieben, wird wegen Antragsfristüberschreitung von einer Stunde abgelehnt. Die Leitsätze wurden ausführlich von einer Reihe von Delegierten kritisiert, besonders die Frage der Abrüstung, der Verträge von Moskau und Warschau, die Arbeit in der Armee, KSZE, Befreiungskampf der Völker (Zitat des Bundesvorstandsmitgliedes Lesch: „Was wollt Ihr das Glück in fernen Ländern suchen? "): Der Antrag auf Nichtbefassung der Leitsätze wurde nur knapp abgelehnt. Dazu ZIVIL 3/73: „Die lange und weitausholdende Diskussion zu den Leitsätzen soll zwar nicht verschwiegen werden. Doch hoffen wir, daß diese Diskussionen auf der S.6 der nächsten ZIVIL-Ausgabe breiter, treffender und inhaltlicher...geführt wird." Dort aber sind die Positionen der Opposition nie veröffentlicht worden.

Zum nächsten Bundeskongreß bekamen die Delegierten erst 3 Tage vorher den Alternativentwurf der Gruppe Bochum, obwohl er schon 6 Wochen vorher abgeschickt worden war, ebenso wie die Änderungsanträge der anderen Gruppen. Um ganz sicher zu gehen, gab es nur ein Exemplar pro Gruppe. Was kann es da für eine demokratische Abstimmung geben?

Und so ging es munter weiter: Zwar durfte die Opposition noch reden, aber jede Stellungnahme zur politischen Kritik wurde auf dem Bundeskongreß und danach verweigert. Vorsitzender des Bundesvorstandes Klaus Mannhardt: „Ich kann nicht zu jedem Problem auf der Welt etwas sagen." Dieses arrogante Verhalten verbirgt aber noch etwas anderes: Die Angst vor einer öffentlichen Auseinandersetzung. Deshalb hat sich die Vorstandsfraktion auf dem Bundeskongreß eine zusätzliche Waffe geschaffen: eine erhebliche Ausweitung des Rechtes auf Maßregelung fortschrittlicher politischer Äußerungen. Das Programm des VK ist verbindlich in die Satzung aufgenommen. Der Bremer Delegierte Bartnik: „Wir brauchen ein Instrument gegen die linken Schwätzer."

Während sich der Vorstand nach außen hin immer noch das Mäntelchen der demokratischen Diskussion umhängte, verschärfte er jetzt seine Kampagne gegen die oppositionellen Kräfte. Vor den billigsten Verleumdungen schreckte er nicht zurück. Die Gruppe Bochum stellte einen Antrag, systematisch Informationen über Beschaffung neuer Waffensysteme u. ä. zu sammeln und in „ZIVIL" zu veröffentlichen, um damit den Lesern ein Bild der Intensivierung der Aufrüstung und Militarisierung zu verschaffen. Der Antrag wurde von einem Bundesvorstandsmitglied als Versuch, den Verband zu einer Spionageorganisation zu machen, die sofort verboten wird, verleumdet. Kritiken an der Ostpolitik und den Abrüstungsverhandlungen, die von verschiedenen Gruppen geäußert wurden, werden als Handlangerdienste für die Reaktion beschimpft.

Zu den Programmseminaren, die die Vereinigung von VK und DFG/IDK vorbereiten sollen, wurde es oppositionellen Minderheiten verboten, Anträge für die Seminare zu stellen. Gleichzeitig (etwa seit Anfang Juli) wird in den Ortsgruppen in NRW eine vom Landesverband initiierte „Diskussion" über die Politik des VK Bochum geführt. Die Berichterstattung über diese Politik wird von vorstandsfrommen Mitgliedern durchgeführt. Die Ortsgruppe Bochum hat Anfang September zum ersten Mal **konkret** erfahren, was ihr vorgeworfen wird. Natürlich wurde bei den „demokratischen Diskussionen" keinem Vertreter der Gruppe Bochum Gelegenheit gegeben, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Der erneute Ausschlußantrag setzt dieser aufgezeigten Entwicklung die Krone auf.

Diese Maßnahme steht politisch in einer Reihe mit den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen" der Gewerkschaftsführer, den zahlreichen politischen Entlassungen in den Betrieben und dem Radikalenerlaß im öffentlichen Dienst. Die Maßnahmen richten sich gegen alle, die sich nicht strikt zur bestehenden Rechtsordnung (= Ausbeuterordnung) bekennen. So sollen alle Ansätze von Widerstand, alle Keime eines konsequenten Kampfes gegen die herrschenden Verhältnisse und das ganze kapitalistische System zerschlagen werden. Diese reaktionären Praktiken sind fester Bestandteil der inneren Militarisierung, sie sind die **politische** Sicherung der Macht der herrschenden Klasse. In diesem Rahmen zeigt sich deutlich die Rolle der revisionistischen-reformistischen VK-Führer als Helfershelfer der Reaktion! Gleichzeitig haben aber die offen undemokratischen Maßnahmen des Bundesvorstandes ebenso wie der immer krassere Widerspruch zwischen dem Friedens- und Demokratiegeschwätz des revisionistischen-reformistischen Programms und der rauhen Wirklichkeit neue Opposition in den Reihen der Mitglieder geweckt, haben durch den Kampf zweier Linien weitere Mitglieder gegen den BV Partei ergriffen. Im Augenblick ist die BV-Fraktion in der Überzahl. Unsere bisherigen Erfahrungen haben uns jedoch gezeigt, daß wir unsere Linie weiterverfolgen müssen, weil sie richtig ist. Deshalb werden wir uns den Unterdrückungsmethoden des BV nicht fügen, sondern offensiv die revolutionäre Linie weiter vertreten.

Opposition in der Gruppe Bonn und Münster, sowie der VK Bochum.

Vom Aufbau des Sozialismus

Chinesische Arbeiter erhöhen ihre Allgemeinbildung und ihr technisches Wissen

Die Werft in Talien, die seit 75 Jahren besteht, hat kürzlich in nur 8 Monaten einen 24 000 t-Öl-Tanker fertiggestellt. In den letzten 8 Jahren wurden auf dieser Werft sieben mal mehr ozeantüchtige Schiffe der 10 000 t-Klasse gebaut als insgesamt vor der 1966 beginnenden Großen Proletarischen Kulturrevolution. Ein Großteil der Ausrüstung dieser Schiffe wurde von Technikern entworfen, die von den Arbeitern selbst ausgebildet worden sind. Einst war diese Werft ärmlich ausgerüstet, weil sie vom Imperialismus nur zur Ausbeutung des chinesischen Volkes benutzt wurde. Vor der Befreiung konnten auf der Werft nur Reparaturarbeiten ausgeführt werden.

Mit dem Ausbau der Schiffsbauindustrie nach der Gründung des neuen China ergriff die Werft mehrere Maßnahmen, um den Wissensstand der Arbeiter hinsichtlich ihrer Allgemeinbildung und ihrer technischen Kenntnisse zu heben. Literaturklassen und Abendschulen, die nach der Befreiung eingerichtet wurden, bewirkten, daß 1958 nahezu alle Arbeiter einen Wissensstand erreicht hatten, der der Unterstufe der Mittelschule entspricht. Nun hat die Werft die Freizeit-Universität und eine technische Schule eingerichtet. Lehrer der Voll-Universitäten werden eingeladen, vor den Studenten Vorlesungen zu technischen und theoretischen Themen zu halten. Mehr als 200 Studenten haben in den letzten Jahren an der Freizeit-Universität ihren Abschluß gemacht. Eine Reihe von ihnen sind nun als Techniker beschäftigt.

Chang Pi-Tsai beendete sein Studium an der Freizeit-Universität 1964. Ursprünglich war er ein Arbeiter an der Werkbank mit nur geringer schulischer Ausbildung. Nach dem Besuch der Abendschule wurde er 1959 Leiter des Planungsbüros der Maschinen-Werkstatt. Nach dem Besuch der Freizeit-Universität löste er viele Probleme der Produktion und wurde Leiter des Entwurfs-Kollektivs für Dieselmotoren der Marine. Er ist nur einer der vielen von der Werft ausgebildeten Techniker mit reicher praktischer Erfahrung und großem theoretischem Wissen.

Große Aufmerksamkeit wird der Hebung des technischen Niveaus der älteren Arbeiter geschenkt. Besondere Schulungsklassen versetzen sie in die Lage, auf dem Stand der neuesten Entwicklung in Technik und Technologie, auf dem Gebiet des Materials und der Produkte zu bleiben. Ihre Weiterbildung wird in verschiedenen Werkstätten durchgeführt, gemäß den verschiedenen Erfordernissen ihrer Arbeitsplätze. So werden die Arbeiter in einer Klasse mit neuen Techniken bei der Installierung von Radaranlagen bekanntgemacht. Alle Arbeiter können diese Anlagen nun nicht nur einbauen, sondern auch selbst überprüfen.

Für die jungen Arbeiter, die rund ein Drittel der Belegschaft ausmachen, wurden 169 Übungsklassen zu den verschiedenen Themen eingerichtet. 227 Kader, Arbeiterveteranen und Techniker lehren in diesen Klassen. Sie stellen die Lehrbücher selbst zusammen.

Das Lehrmaterial, das von den Teilzeitlehrern zusammengestellt wird, verbindet die Theorie mit der Praxis und ist leicht verständlich. So arbeitet Liu Kuang-Fa, der Techniker in der Kesselwerkstatt und gleichzeitig Lehrer der Übungsklasse der Werkstatt ist, oft neben seinen Schülern, um ihre Schwächen im technischen Wissen herauszufinden und seinen Unterricht entsprechend vorzubereiten.

4 Stunden Angst und Schrecken durch US-Besatzer

Vier Stunden war die Bevölkerung Fürths und der anliegenden Ortschaften Kreppendorf, Bernbach, und Siegelsdorf in Angst und Schrecken versetzt. Aus einem Leck an einer Rakete im US-Munitionsdepot im Zennwald bei Burgfarnbach strömte Giftgas aus. Schon sollten Menschen und Vieh evakuiert werden, da hieß es, das „Leck sei abgedichtet". Bis zu einer Entfernung von 2,5 km kann das ausgeströmte Gas nach Auskunft der US-Besatzerstellen zu „erheblichen gesundheitlichen Schädigungen" führen. Diesmal kam nach 4 1/2 Stunden die Entwarnung. Aber die Gefahr für die Bevölkerung bleibt, solange das Munitionsdepot der US-Besatzertruppen, gegen das die dort wohnenden Menschen immer wieder protestiert haben, nicht verschwunden ist. **Besatzertruppen raus aus Deutschland!**

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

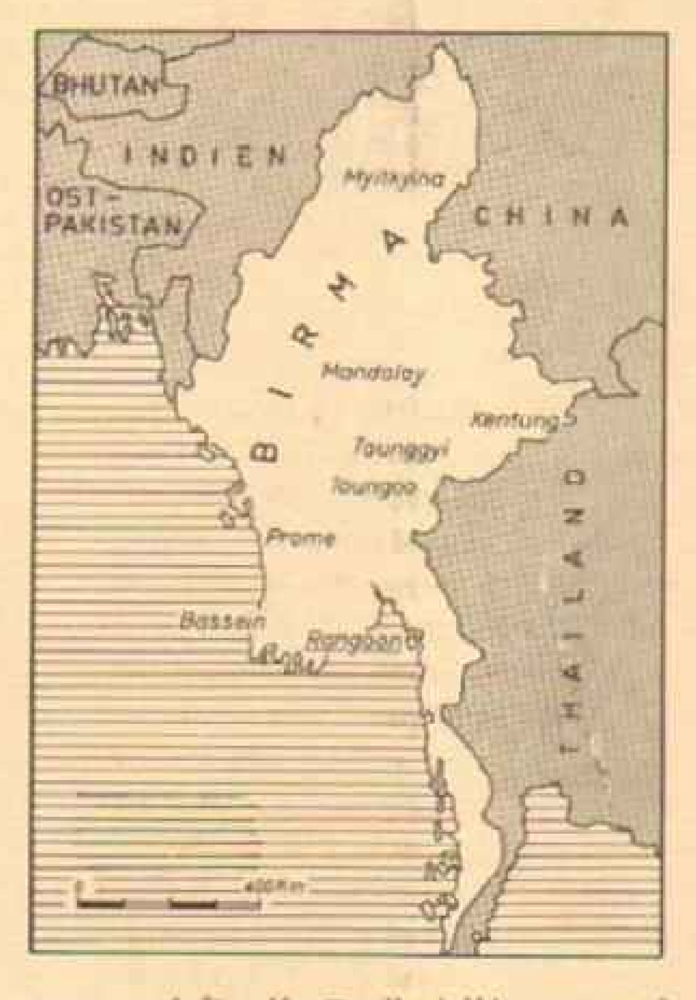
"Den Krieg gewinnen, die politische Macht ergreifen!"

Die KP Burmas führt das Volk bis zum Sieg!

In diesem Jahr wurde die Kommunistische Partei Burmas (KPB) 35 Jahre alt. Die Kommunistische Partei Burmas kämpft in einem Land, das seit jeher der Aggression und Ausplünderung durch die Kolonialisten und Imperialisten ausgesetzt war. Seine Reichtümer an Edelmetallen wie Wolfram, Silber, Nickel, an Erdöl, edlen Hölzern wie Teakholz und vor allem seine strategische Lage am Ostrand des Indischen Ozeans zwischen Indien, China und Thailand, am Seeweg nach Indonesien, verlockten 1824 die britischen Kolonialisten das Land zu besetzen und das Volk grausam zu unterdrücken und auszuplündern.

In den Jahren 1942 – 45 überfielen die japanischen Faschisten das Land, um es zu ihrer Kolonie zu machen. Heute sind es vor allem die beiden Supermächte, der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus und die japanischen Imperialisten, die hier miteinander um Einfluß ringen. Sie bedienen sich dabei der Militärclique um Ne Win und San Yu, die 1962 durch einen Staatsstreich in Burma die Macht ergriff. Unter dem Deckmantel der "sozialistischen Revolution und Entwicklung" hat diese Clique den größten Teil der Reichtümer des Landes, den Handel, die Industrie und die Banken in ihre Hand gebracht, an die ausländischen Imperialisten verschachert und unterdrückt grausam das burmesische Volk und die 103 nationalen Minderheiten. Eine Folge dieser Politik war z.B. die große Hungersnot in den Jahren 1966 – 68, obwohl Burma eines der größten Reisanbauländer ist.

Als die Partei am 15. August 1939 gegründet wurde, konnte sie aus der reichen Kampftradition des Volkes gegen die britischen Imperialisten schöpfen. Die Arbeiterklasse war gerade ein Jahr vorher im Streik gegen die „Burm Oil Company" auf den Plan getreten. In den Jahren 1940 und 1941 kämpfte die junge Partei gegen die opportunistische Ideologie der Bourgeoisie, die darauf vertraute, daß die japanischen Faschisten das Land von der Herrschaft der britischen Imperialisten befreien würde. In dieser Situation vereinigte die KPB alle politischen Parteien, alle unterdrückten Klassen einschließlich der nationalen Bourgeoisie, und alle Nationalitäten in der "Volksliga gegen den Faschismus und für die Freiheit" im Kampf gegen die japanische Aggression.



Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges legte die Partei folgende Politik fest, indem sie den Marxismus–Leninismus mit der Praxis der burmesischen Revolution verband: "*Auf die eigenen Kräfte vertrauen und am bewaffneten Kampf festhalten, um Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus zu besiegen und eine unabhängige, vereinte, blühende und friedliche Volksdemokratie aufzubauen*". Diese Linie entwickelte die Partei im scharfen Kampf gegen die modernen Revisionisten der Browder-Clique der KP der USA und der Indischen KP, sowie gegen die Verräter innerhalb der eigenen Partei, die den "friedlichen Weg zur Unabhängigkeit" propagierten.

Die Partei begann 1948 den bewaffneten Kampf in den ländlichen Gebieten, begann damit, eine revolutionäre Volksarmee unter ihrer Führung und eine Front für die nationaldemokratische Revolution aufzubauen.

In den Jahren 1955 – 58 verstärkten die modernen Revisionisten gedeckt und unterstützt von Chruschtschow und seiner Clique ihre Wühltätigkeit und unternahmen erneute Versuche, den Weg des friedlichen Überganges und des 'legalen Kampfes' durchzusetzen. Aber die KPB ging nicht den revisionistischen Weg, sie hielt an der marxistisch-leninistischen Linie fest und zerschmetterte in hartem Kampf die revisionistische Clique.

Geleitet von der Linie "*Den Krieg gewinnen und die politische Macht ergreifen!*" hat die burmesische Revolution große Siege errungen. Die verschiedenen "Einkreisungs - und Ausrottungsfeldzüge" der Ne Win–San Yu Clique wurden zerschmettert, Schritt für Schritt die revolutionäre Volksarmee unter Führung der Partei aufgebaut, revolutionäre befreite Stützpunktgebiete errichtet und erweitert. Die KPB führte die Bauern im Kampf gegen den Raub von Reis und Gerste, die Volksmassen in den Städten im Kampf gegen den Hunger, erwarb sich ihr Vertrauen und erweiterte ihren Einfluß. Wo der Feind schwach war, griff ihn die revolutionäre Volksarmee an, fügte ihm schwere Verluste zu, erhöhte ihre Kampfkraft und ging schließlich zu einer neuen Stufe des Kampfes über.

In den Jahren 1970 – 73 führte die revolutionäre Volksarmee, unterstützt von den Massen, unter der Führung der Partei drei große Offensiven durch, dehnte den bewaffneten Kampf von Südburma auf Nordostburma aus und errichtete neue befreite Gebiete.

In Verlauf der Offensiven zerschlug die Volksarmee mehrere mit den modernsten Waffen aus den USA und der Sowjetunion ausgerüstete Spezialeinheiten der Ne Win Clique und eroberte für einige Wochen verschiedene wichtige Städte, darunter Pagu, die nur ca. 50 km von der Hauptstadt Rangun entfernt liegt.

Geführt von einer Partei, die am Marxismus–Leninismus festhält und eng mit den Massen verbunden ist, mit einer revolutionären Armee, die von dieser Partei geführt wird und einer revolutionären Front, die alle unterdrückten Klassen, einschließlich der nationalen Bourgeoisie zusammenschließt, werden die Völker und Nationalitäten Burmas ihre Befreiung erkämpfen.

Kambodscha:

Verbrechen der Lon Nol-Clique gebrandmarkt!

Unter den schwierigen Bedingungen der Regenzeit hat die Nationale Befreiungsarmee des kambodschanischen Volkes ihren Kampf gegen die USA-Imperialisten und die Lon Nol/Sirik Matak-Clique verstärkt. Inzwischen sind die Kräfte des Feindes so sehr zermürbt, daß ihm schon die Soldaten fehlen und er gezwungen ist, Invaliden und Beamte in die Armee zu stecken.

Die USA-Imperialisten und ihre Marionetten in Phnom Penh wehren sich verzweifelt gegen ihren Untergang, begehen neue grausame Verbrechen gegen das Volk und streuen Lügen über ihre angebliche Verhandlungsbereitschaft und Friedensliebe aus.

In einer Presseerklärung der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha, die am 9. September von der Nachrichtenagentur AKI verbreitet wurde, werden diese Verbrechen und Lügen gebrandmarkt:

Innerhalb von vier Tagen, am 30. und 31. August und am 2. und 3. September haben die Verräter in Phnom Phenh mehrmals hintereinander Städte, Dörfer und alte Tempelanlagen in den befreiten Gebieten bombardiert. Sie setzten dabei moderne T 28–Kampfbomber und Hubschrauber ein. Bei diesen Angriffen wurden ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, der Tempelbezirk von Banteay Srey (967 v.u.Z.) beschädigt und eine große Zahl von buddhistischen Mönchen und Zivilisten ermordet.

"*Die USA-Imperialisten und ihre Diener in Phnom Phenh*", heißt es in der Presseerklärung, „*betreiben eine hinterlistige und lärmende Propaganda nach 'Verbandlung um Versöhnung und Frieden' und begeben auf der anderen Seite mit ihren blutbefleckten Händen weitere abscheuliche Verwüstungen – Handlungen außerordentlicher Grausamkeit – gegen die buddhistischen Mönche und das Volk, die unser Volk, unsere Nationale Volksbefreiungsarmee und unsere Vereinigte Nationale Front (NUFC) niemals dulden wird.*" Die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha ruft die ganze Weltöffentlichkeit auf, alle Mittel zu nutzen, um die Verbrechen der USA-Imperialisten und ihrer Lakaien zu beenden.



Das kambodschanische Volk und die Nationale Befreiungsarmee sind fest entschlossen, bis zum Sieg über Lon Nol, Sirik Matak und die USA-Imperialisten weiterzukämpfen.

Sie erklärt: "*Das kambodschanische Volk und die Nationale Volksbefreiungsarmee sind fest entschlossen ihre Angriffe kompromißlos fortzusetzen bis zur vollständigen Vernichtung der Räuber- und Verräterbande von Lon Nol, Sirik Matak (...), bis die USA-Imperialisten aus ganz Kambodscha verjagt sind, bis die 5-Punkte Erklärung der NUFC vollständig erfüllt ist: ein neues wirklich unabhängiges, friedliches, neutrales, souveränes, demokratisches und blühendes Kambodscha auf dem Territorium des ganzen geliebten Vaterlandes aufgebaut wird.*"

Aus aller Welt

SÜDAFRIKA. Mehr als tausend Afrikaner haben in der letzten Woche in der südafrikanischen Stadt Durban für die Unterstützung der FRELIMO, der Befreiungsorganisation von Mosambik, demonstriert. Diese Demonstration war von dem faschistischen Regime verboten worden und wurde von der Polizei mit Tränengas und Hunden wütend angegriffen und schließlich aufgelöst.

ZIMBABWE. (Rhodesien) Herbert Chitepwo, der Vorsitzende der "Afrikanischen Nationalen Union von Zimbabwe" (ZANU) gab vor dem 6. Panafrikanischen Kongress, der im Sommer dieses Jahres in Dar Es Salaam stattfand, neue Erfolge der Befreiungsorganisation bekannt. In den 2 Monaten vor dem Kongress hat die Volksbefreiungsarmee von Zimbabwe 63 Soldaten des Smith-Regimes getötet, 14 verwundet, 4 Flugzeuge abgeschossen, sechs feindliche Fahrzeuge zerstört und ein Nachrichtenzentrum und ein Waffenlager erobert. Das Smith-Regime unterdrückt die afrikanische Bevölkerung grausam. Vor kurzem wurden 40 000 Menschen des Chiweshe-Stamms aus ihrer Heimat vertrieben und in 21 von Polizei und Soldaten schwerbewachten KZ-Dörfern eingekerkert. Angesichts dieses Terrors erklärte die ZANU, daß der "bewaffnete Kampf nicht nur fortgesetzt, sondern noch verstärkt wird."

USA. Ein Bezirksgericht in Columbia (Georgia) hat den Massenmörder von My Lai, Calley, nachträglich freigesprochen und das ursprüngliche Urteil von nur 3 1/2 Jahren aufgehoben und seine sofortige Freilassung angeordnet. Die Begründung: dem 1. Prozeß sei eine „schädliche, der Prozeßführung abträgliche Publizität" vorausgegangen.

Calley, dem unzählige Morde in dem vietnamesischen Dorf My Lai nachgewiesen werden konnten, war seinerzeit verurteilt worden, weil die USA-Imperialisten es nicht wagen konnten, ihn angesichts der Empörung und des Kampfes des amerikanischen Volkes gegen den Aggressionskrieg in Vietnam völlig freizusprechen. Die Aufhebung des Urteils gegen Calley zeigt den wahren Charakter der amerikanischen Klassenjustiz als Instrument der USA-Imperialisten und ist eine Provokation gegen das Volk.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle



32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.

RADIO PEKING

19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

'Der Weg der Partei' Nr.2 erschienen

Der Aufbau der bolschewistischen Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus

Wie muß unter den heutigen Bedingungen eine bolschewistische Partei aufgebaut werden? Was für Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien gibt es, die bei der Schaffung und beim Aufbau einer solchen Partei befolgt werden müssen? Welche Bedingungen müssen bei der Gründung vorhanden sein?

Die Antwort auf diese Fragen, die für das Voranschreiten der revolutionären Bewegung in Westdeutschland, für ihre Einheit in der Partei überaus wichtig sind, werden in der zweiten Ausgabe ihres theoretischen Organs „Der Weg der Partei“ unter dem Titel: „Der Aufbau der bolschewistischen Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus“ systematisch zusammengefaßt.

In der Partei Lenins und Stalins, aber auch in der KPD unter Ernst Thälmann, konnte es in diesen grundlegenden Fragen des Aufbaus einer bolschewistischen Kampfpartei keine Unklarheit geben, denn sie waren fester Bestandteil einer systematischen Schulung und Ausrichtung. Mit der Entartung der alten revolutionären KPD aber wurden diese Fragen von den modernen Revisionisten in Westdeutschland immer mehr verwässert, verleugnet und schließlich mit der Gründung der D„K“P offen verfälscht, wurde die leninsche Lehre von der bolschewistischen Partei und ihrem Aufbau systematisch bekämpft.

Das ist die entscheidende Ursache dafür, daß in Westdeutschland heute bei vielen Revolutionären noch Unklarheit über die grundlegenden Fragen des Aufbaus der Partei herrschen. Ist die Ursache dafür, daß viele Revolutionäre Gefahr laufen, sich im Gestrüpp des Zirkelwesens zu verheddern, einigen Karrieristen zu folgen, die die bestehende Unklarheit ausnutzen, um mit zusammengeklaubten „Parteiaufbautheorien“ die Existenz ihrer Spalterorganisationen und damit ihr „Führerdasein“ im Kampf gegen die KPD/ML zu rechtfertigen.

„Um diesen Scharlatanen den Boden zu entziehen, den von ihnen betrogenen Genossen den Weg zur bolschewistischen Partei zu weisen, werden in dieser Ausgabe des Theoretischen Organs unserer Partei die allgemeinen Grundlagen des bolschewistischen Parteiaufbaus und ihre konkrete Anwendung auf die Besonderheiten in der Bundesrepublik und Westberlin systematisch zusammengefaßt, wobei gleichzeitig die wichtigsten kleinbürgerlichen „Parteiaufbautheorien“ widerlegt werden.“ (Vorwort zum TO). Es wird nachgewiesen, daß die KPD/ML nach der Entartung der alten KPD im Kampf gegen den modernen Revisionismus gemäß den Prinzipien des bolschewistischen Parteiaufbaus gegründet und geschaffen worden ist.

Lenin wies auf der Grundlage des Marxismus im Kampf gegen die Opportunisten der II. Internationale nach, daß der Imperialismus alle Gegensätze des Kapitalismus ungeheuer verschärft, daß er nicht nur die Kriegsgefahr verstärkt, sondern auch eine Periode der revolutionären Aktionen des Proletariats, der Vorabend der sozialistischen Revolution ist. **Er forderte eine neue Partei, „die kühn genug ist, die Proletarier in den Kämpfen um die Macht zu führen, die genügend Erfahrung hat, um sich in den komplizierten Verhältnissen der revolutionären Situation zurechtzufinden, und genügend Elastizität, um Klippen jeder Art auf dem Weg zum Ziel zu umgehen. Ohne eine solche Partei ist an den Sturz des Imperialismus, an die Eroberung der Diktatur des Proletariats gar nicht zu denken.“ (Stalin).**

Eine solche einheitliche, starke bolschewistische Partei aber fällt nicht vom Himmel, sie muß **bewußt** und **planmäßig** auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus geschaffen werden.

Die Etappen des Parteiaufbaus

Die Konzepte der meisten Zirkel„theoretiker“ verlangen, daß die Partei bei ihrer Gründung bereits voll ausgereift und in der Lage sein muß, die Massen zu führen, daß sie über ein vollständiges Programm verfüge usw. Doch entgegen diesen Konzepten wird im Theoretischen Organ anhand der Entwicklung der bolschewistischen Partei in Rußland, dem Vorbild aller weiteren bolschewistischen Parteien, anhand der Entwicklung der KP Chinas und Albaniens sowie auch der KPD, nachgewiesen, daß die Partei wie jedes Ding auf der Welt sich in bestimmten Etappen entwickeln muß.

Die KP Chinas hatte bei ihrer Gründung lediglich einige Dutzend Mitglieder, ein Programm wurde auf dem 1. Parteitag nicht verabschiedet. Mao Tsetung beschreibt das bildhaft: **„Das erste Stadium waren die Kinderjahre der Partei.“** Es wird im Theoretischen Organ nachgewiesen, daß Stalins Zusammenfassung der Entwicklungsetappen der KPdSU (B) allgemeine Gültigkeit hat für die Entwicklung der bolschewistischen Partei:

„a) Die Periode der Formierung der Vorhut (d. h. der Partei) des Proletariats, die Periode des Zusammenschlusses der Parteikader (in dieser Periode ist die Partei schwach, verfügt über ein Programm und die allgemeinen Grundlagen der Taktik, ist aber als Partei der Massenaktionen schwach);

b) Die Periode des revolutionären Massenkampfs unter der Führung der Kommunistischen Partei. In dieser Periode verwandelt sich die Partei aus einer Organisation der Massenaktionen, die Periode der Vorbereitung wird von der Periode der revolutionären Aktionen abgelöst;

c) Die Periode nach der Machtergreifung, nach der Verwandlung der Kommunistischen Partei in eine Regierungspartei.“ (Stalin).

„Solange es sich darum handelte (und insoweit es sich noch darum handelt), die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, solange und insoweit tritt die Propaganda an die erste Stelle“, sagt Lenin über die Hauptaufgabe in der ersten Periode des Parteiaufbaus. Doch schließt das durchaus nicht aus, daß die Partei sich an den Kämpfen der Massen beteiligt. Vielmehr kann es einen Parteiaufbau abseits von den Kämpfen der Massen gar nicht geben.

Dieser bewußte und planmäßige Parteiaufbau, der sich an unterschiedlichen, klar bestimmten Hauptaufgaben für die einzelnen Perioden orientiert, muß auf allen Gebieten der Ideologie, der Politik und der Organisation erfolgen. Nur dieser bewußte und planvolle Aufbau kann dem Proletariat die bolschewistische Kampfpartei geben, die es für seinen Sieg braucht.

Die Gründung als erster Schritt zur Schaffung der Partei

Mehr oder weniger alle Zirkel vertreten die Theorie, daß vor der Gründung der Partei eine Zirkelphase notwendig sei, in der die „Polemik um das Programm“ geführt oder die „politische Linie in den wichtigsten Fragen“ entwickelt werden müsse, daß die Gründung der KPD/ML verfrüht, ohne Grundlage usw. gewesen sei. Dabei beziehen sie sich scheinbar auf die Situation vor der Gründung der SDAPR.

Lenin selbst erklärt dazu: **„Damals aber handelte es sich darum, die allgemeinsten Grundlagen und die grundlegenden Aufgaben j e d e r sozialdemokratischen Politik überhaupt zu bestimmen.“** Es war eine besondere Bedingung der damaligen Situation, daß in Rußland die Voraussetzungen marxistischer Politik und grundlegende Fragen der Revolution geklärt, sowie zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Opportunisten die Prinzipien der revolutionären Kampfpartei des Proletariats, der bolschewistischen Partei, entwickelt werden mußten. Deshalb war damals in Rußland die Zirkelphase eine notwendige historische Erscheinung.

Die Parteien, die nach dem Vorbild der KPdSU (B) gegründet wurden, mußten sie etwa noch einmal diese ganze theoretische und grundsätzliche Arbeit durchführen? Nein, sie mußten vielmehr auf dieser Grundlage gegründet werden. Ihre Aufgabe war damals eine andere:

Nach dem Verrat der II. Internationale entstand in vielen Ländern die Situation, daß zwar eine politische Partei der Arbeiterklasse bestand, die aber ihre revolutionären marxistischen Grundlagen verlassen hatte und unrettbar zu einer bürgerlichen Partei entartet war. Sie war zum konterrevolutionären Instrument der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse geworden.

Lenin stellte damals den wahren Marxisten, die sich gegen diesen Verrat auflehnten, die Aufgabe: **„Diese marxistischen Elemente – sollten sie auch zu Anfang noch so schwach sein – zusammenschließen, in ihrem Namen an die heute in Vergessenheit geratenen Lehren des revolutionären Sozialismus zu erinnern, an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung zu richten, mit den Chauvinisten zu brechen und sich unter dem Banner des Marxismus zu sammeln – das ist die Aufgabe des Tages.“**

„Wir fordern natürlich nicht s o f o r t i g e Spaltung einer jeden Partei z. B. in Schweden, Deutschland, Frankreich. Sehr möglich, daß ein wenig später der Moment (z. B. in Deutschland) günstiger sein wird. Aber p r i n z i p i e l l müssen wir unbedingt einen vollständigen Bruch mit dem Opportunismus fordern. Der g a n z e Kampf unserer Partei (und der Arbeiterbewegung überhaupt) muß die Richtung haben: Gegen den Opportunismus.“ (Lenin).

Die Aufgabe, die Lenin den Marxisten auf dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale stellte, hieß nicht etwa ein umfassendes Programm als erstes zu schaffen oder erst einmal sich in den Massen zu verankern, sondern die Entartung und den Verrat nachzuweisen, den vollständigen Bruch mit dem Opportunismus herbeiführen und **„in jedem Lande eine einheitliche kommunistische Partei zu bilden (oder die bestehende Partei zu festigen und zu erneuern), damit die Arbeit der Vorbereitung des Proletariats zur Eroberung der Staatsmacht, und zwar zur Eroberung der Macht in der Form der Diktatur des Proletariats, verzehnfacht wird.“**

Marxisten-Leninisten also gehen an die Frage der Schaffung der Kommunistischen Partei nicht mit subjektiven Wunschvorstellungen heran, was man bei der Gründung alles erfüllen sollte, Marxisten-Leninisten fragen: Sind die wesentlichen Grundlagen vorhanden, auf denen die Partei in der Folgezeit das Instrument der Eroberung der politischen Macht des Proletariats werden kann? Für die Parteien der Kommunistischen Internationale hieß das: Wird der revolutionäre Marxismus, die Lehre von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, als Grundlage anerkannt und gegen die Verfälschung durch die Opportunisten und Revisionisten verteidigt? Wird die kommunistische Partei als Partei des Umsturzes, als höchste Klassenorganisation von Anfang an anerkannt und ihre ganze Arbeit auf dieses Ziel ausgerichtet?

Wenn die Partei auf dieser Grundlage in prinzipieller Abgrenzung zur entarteten Partei gegründet wird, dann ist sie die revolutionäre Partei. Ihre Fehler und Mängel werden in der Folgezeit durch den ideologischen Kampf innerhalb der Partei auf den revolutionären Grundlagen des Marxismus-Leninismus beseitigt werden. Deshalb ist es auch die Pflicht eines jeden Kommunisten, in dieser Partei mitzuarbeiten, solange sie nicht ihrerseits entartet und der Kampf in ihr um die korrekte Linie nicht mehr geführt werden kann.

Und heute? **„Wir leben heute in einer Periode, welcher jener ähnelt, die in der kommunistischen Bewegung nach dem Verrat der II. Internationale entstand.“** (Ramiz Alia). Zwar gibt es heute die Kommunistische Internationale nicht mehr als Organisation – als zentralisierte Führung aller kommunistischen Parteien – aber trotzdem muß man allen trotzkistischen und revisionistischen Verfälschungen zum Trotz daran festhalten, daß es nach wie vor eine Generallinie der kommunistischen Bewegung auf der Basis der leninschen Lehre vom Kampf gegen den Imperialismus und für die Diktatur des Proletariats gibt, ein gemeinsames Programm, eine wissenschaftliche Strategie und Taktik, die auf die wichtigsten Fragen im Verlauf der Weltrevolution Antwort gibt.

Im Kampf gegen den Verrat der sowjetischen Revisionisten sowie der alten kommunistischen Parteien vieler anderer Länder haben die Marxisten-Leninisten – an ihrer Spitze die Kommunistische Partei Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens – die revolutionäre Tradition der internationalen kommunistischen Bewegung fortgesetzt. „Die große Polemik der chinesischen Genossen, insbesondere der ‚Vorschlag zur Generallinie', ist das Programm der internationalen kommunistischen Bewegung und formuliert ihre wissenschaftliche Strategie und Taktik. In ihr werden alle grundlegenden Fragen der Weltrevolution und der Revolutionen in den kapitalistischen, imperialistischen Ländern sowie in den vom Imperialismus unterjochten Ländern behandelt und in allgemeiner Form richtungsweisend beantwortet, auch ohne daß es formal ein gemeinsam verabschiedetes Programm gäbe.“

„Jede wirklich marxistisch-leninistische Partei muß sich auf den Boden der Großen Polemik stellen, will sie nicht den Weg des modernen Revisionismus gehen. Und zwar nicht deshalb, weil Marxisten-Leninisten Dogmatiker sind, sondern weil sonst die marxistisch-leninistische Partei in ihrem Lande keine korrekte Strategie und Taktik entwickeln kann. Denn das kann sie nur, wenn sie tatsächlich die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung unter den jeweiligen Bedingungen der Weltrevolution zugrunde legt und auf die konkreten Bedingungen des Landes anwendet.“

Eben das hat die KPD/ML mit ihrer Gründung getan. Noch bevor die Marxisten-Leninisten in der alten KPD den vollständigen Bruch zum Revisionismus auch organisatorisch zogen, haben sie in der alten entarteten KPD auf der Grundlage dieser Generallinie den Verrat der KPD, ihre revisionistische Entartung nachgewiesen und den Kampf für den Zusammenschluß in einer neuen, marxistisch-leninistischen Partei, der KPD/ML geführt. Bereits zu einer Zeit, wo die heutigen Zirkelführer noch als SDS-Häuptlinge teilweise den Revisionismus gegen den Marxismus-Leninismus verteidigten, hatten die wahren Marxisten-Leninisten bereits das revolutionäre Erbe der alten KPD im Kampf gegen die revisionistische Entartung bewußt aufgenommen und weitergeführt. Davon zeugen Artikel im ROTEN MORGEN von 1967 wie „Begrabt den sklavischen Gehorsam in der Partei“, von 1968 wie „Wir brauchen die internationale marxistisch-leninistische Einheit“, „Auf Kautskys und Togliattis Spuren. Zum Programmentwurf der KPD“ und davon zeugt die Gründungserklärung der KPD/ML 1968 (die Artikel sind im Dokumentenanhang des Theoretischen Organs nachgedruckt).

Diese Genossen – allen voran Genosse Ernst Aust – gingen nicht den Irrweg, als „linker Flügel“ von KPD/D„K“P eine Einheit mit der eigenen Bourgeoisie aufrecht zu erhalten, und sie gingen nicht den Irrweg, zurück ins Zirkelwesen zu flüchten. Sie lehnten entschieden diese Theorie ab, die damals wie heute viele kleinbürgerliche Intellektuelle begründen mit dem absurden Argument, die Arbeiterklasse Westdeutschlands und Westberlins sei bis auf den Nullpunkt zurückgeworfen und man müsse deshalb dort, wo sie vor 150 Jahren mal war, wieder anfangen, mit dem Aufbau von Zirkeln und der Wiederbelebung von ökonomischen und demokratischen Massenkämpfen. Diese Genossen schufen stattdessen erneut die kommunistische Partei, die die modernen Revisionisten zerstört hatten.“

Jeder Kommunist muß sich darüber im Klaren sein, daß neben der bestehenden kommunistischen Partei nicht eine zweite aufgebaut werden kann. Wer diese für die sozialistische Revolution entscheidende Frage umgeht oder mißachtet, auf dem Zirkelwesen beharrt oder meint, eine „bessere“ kommunistische Partei aufzubauen, ist kein Kommunist. Denn er baut in Wirklichkeit keine „bessere“ Partei auf, sondern bekämpft die bestehende kommunistische Partei, fördert die Spaltung der revolutionären Arbeiterbewegung und handelt objektiv im Interesse des Imperialismus. Auch Fehler, sogar schwere, der bestehenden kommunistischen Partei, können niemals der Grund sein, eine ‚Gegenpartei' aufzubauen.“

„Der einzige Grund, den es für einen Kommunisten gibt, eine neue kommunistische Partei aufzubauen, ist die unwiderrufliche Entartung der kommunistischen Partei zu einer Agentur der Bourgeoisie (wie bei der KPD). Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die KPD/ML nicht entartet ist. Sie ist deshalb die Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin. Es ist deshalb die Pflicht jedes Kommunisten, diese Partei zu unterstützen. Die Genossen in den sich kommunistisch nennenden Zirkeln erfüllen ihre Aufgabe nur, wenn sie gegen alle Versuche, die Zersplitterung der revolutionären Bewegung aufrechtzuerhalten, mit ihrer ganzen Kraft für die Einheit aller Kommunisten in der bestehenden kommunistischen Partei, der KPD/ML kämpfen.“

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN deutsche marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

Sonder-Ausgabe August 1968 | 2. Jahrgang | Preis 40 Pfennig

Auf Kautskys und Togliattis Spuren

Zum Programmentwurf der KPD

Das revisionistische Zentralkomitee der KPD hat der Arbeiterklasse und der Öffentlichkeit Westdeutschlands den Entwurf eines Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands unterbreitet und zur Diskussion gestellt. Sie hat den Programmentwurf als vom Geiste des Marxismus-Leninismus geprägt bezeichnet und ihn großsprecherisch zum "Manifest unserer Zeit" erhoben. Oberflächlich, auf den ersten Blick, mag der Entwurf dem Betrachter "besser" als die Programme anderer revisionistischer Parteien erscheinen, weil er sich - auf Grund der besonderen Situation Westdeutschlands - "linkerer" Formulierungen bedient. Schaut man jedoch genauer hin, stellt man fest, daß sich hinter der pseudolinken Demagogie buchstäblich sämtliche "Auslagestücke" des revisionistischen Verrats verbergen, ob es sich um die Fragen der "Strukturreform", der "Mitbestimmung", der sogenannten "friedlichen Koexistenz", des "Parlaments als Organ des Volkswillens" oder um die verräterischen Phrasen vom "friedlichen und demokratischen (!) Weg", von der Erringung einer "fortschrittlichen, sozialistischen Mehrheit im Parlament" handelt.



BESTELLUNGEN AN:

Vertrieb: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49, Postscheck Hmb 1935 72 – 207. Preis DM 4,–

Roter Antikriegstags-Prozeß

Genosse Heinz Baron vor Gericht

Am 8. und 11. Oktober beginnt in München der Berufungsprozeß gegen Genossen Heinz Baron wegen seiner Teilnahme an der Roten Antikriegstagsdemonstration während der Olympischen Spiele 1972 in München. Genosse Heinz wurde im ersten Prozeß von der bürgerlichen Klassenjustiz zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

In diesem Prozeß stand das Urteil von vornherein fest. Offen gab eine Schöffin während der Verhandlung zu: „Ich habe mir meine Meinung durch Zeitungslektüre und Gespräche mit Leuten gebildet." Als Hauptbelastungszeugen traten zwei Zivilspitzel auf, die bezeugen sollten, daß Genosse Heinz besonders schweren Widerstand gegen „Vollstreckungsbeamte", „vorsätzliche Körperverletzung" und „Landfriedensbruch" begangen haben soll. Diese beiden Zeugen widersprachen sich während der Verhandlung derart, daß als einziger „Anklagepunkt" die Teilnahme an der Demonstration übrigblieb.

16 Monate Gefängnis für Genossen Heinz, 11 Jahre Gefängnis für die Angeklagten in den übrigen bisher verhandelten Antikriegstagsprozessen, ein versuchter Schreibtischmord an dem Rotgardisten Sascha Haschemi, der zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde und auf Grund dieses Urteils an das faschistische Schah-Regime im Iran ausgeliefert werden soll – das ist das Gesicht der bürgerlichen Klassenjustiz.

Seit dem 3. September 1972 besteht Haftbefehl gegen Genossen Heinz. Er wurde zwar ausgesetzt, aber niemals aufgehoben. Seit zwei Jahren muß sich Heinz einmal wöchentlich bei dem „für ihn zuständigen" Polizeirevier melden. **Der Haftbefehl gegen Genossen Heinz ist reiner Terror. Er soll ihn einschüchtern und der Klassenjustiz vor allem die Möglichkeit geben, Heinz jederzeit einsperren zu können.**

Seinerzeit wurde der Haftbefehl damit begründet, bei Genossen Heinz bestünde Fluchtgefahr „auf Grund geringer sozialer Bindungen." Diese Begründung war völlig willkürlich, der Genosse ging einem geregelten Studium nach, hatte einen festen Wohnsitz und war außerdem verlobt. Später wurde diese Begründung fallengelassen und die Fluchtgefahr mit der „Schwere der zu erwartenden Strafe" begründet.

In den vergangenen zwei Jahren zog Heinz zweimal um, kam immer seiner Meldepflicht nach. Trotzdem schickte das Gericht die Ladung zu den Prozessen dreimal an die alte Anschrift des Genossen. Dazu kommt, daß Heinz sogar im Ausland Urlaub machte, im letzten Jahr in Albanien.

Damit wird klar, daß die Klassenjustiz selbst an die „Fluchtgefahr" nicht glaubt. **Die mündliche Urteilsbegründung im ersten Prozeß stellt auch eindeutig fest: „Nach Ansicht des Gerichts liegt Fluchtgefahr nicht vor." Der Haftbefehl gegen Genossen Heinz muß sofort aufgehoben werden!**

Dieser Haftbefehl und die möglichen 16 Monate Gefängnis werden den Genossen nicht einschüchtern können. Schon im ersten Prozeß kämpfte er als Kommunist, im Bewußtsein dessen, was Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, an die eingekerkerten Kämpfer des Roten Antikriegstages schrieb:

„Wenn Du vor dem Richter stehst, denke daran, der da vor dir sitzt, ist ein Klassengegner, einer, der im Auftrag des Monopolkapitals, des Imperialismus, ‚Recht' spricht. Recht nicht im Namen des Volkes, sondern Recht im Namen der kapitalistischen Klasse, des Imperialismus, auf dessen Konto Millionen und aber Millionen gefolterter, vergaster, verbrannter, verstümmelter, gemordeter Frauen, Kinder und Männer gehen. Nicht sie haben Recht, Recht hast Du, denn Du kämpfst für die gerechteste Sache der Welt: Die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für die Abschaffung der völkermordenden imperialistischen Kriege, für die sozialistische Revolution!'

Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Heinz Baron!
Freispruch für die Angeklagten der Roten Antikriegstagsprozesse!

ER VERTEIDIGTE KOMMUNISTEN IM ARBEITSGERICHT:

Ausbildungsverbot

für Genossen Meinhard S.

Genossen Meinhard S. ist jetzt endgültig die Teilnahme an der Referendarausbildung für den Rechtsanwaltsberuf verboten worden. In der Antwort des Oberlandesgerichts Hamm wird auf den Widerspruch des Genossen gegen den ersten Beschluß über ein Ausbildungsverbot besonders hervorgehoben, daß der Genosse im Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Mannesmann-Kapitalisten in Duisburg der Rechtsbeistand des Genossen Hanfried Brenner war.

„...hat Herr S. ...am 5. Juni 1974 erneut seine staatsfeindliche Gesinnung bekräftigt", heißt es in der Begründung des Oberlandesgerichtes. Beweis dafür ist unter anderem folgendes Zitat aus einem Flugblatt, das ebenfalls zitiert wird: „Der Kommunist H. Brenner wird diesen Prozeß benutzen, um den Kampf der Mannesmann-Arbeiter zu zeigen, ihre Stärke und Kampfkraft."

Dieses Flugblatt, das hier zitiert ist, ist nicht etwa von Genossen Meinhard unterschrieben. Es ist ein Flugblatt der KPD/ML. Aber wie schon bei den RAF-Prozessen inzwischen die meisten Verteidiger wegen der gleichen Paragraphen verfolgt werden wie ihre Mandanten auch, werden auch hier nicht nur die KPD/ML und Genosse Brenner kriminalisiert, sondern mit ihnen der Rechtsbeistand, Genosse Meinhard. Schaut man sich den Inhalt des Zitats an, so kann das Gericht nicht deutlicher sagen, welche Rolle Rechtsanwälte spielen sollen:

Statt die Klasseninteressen der Arbeiter zu vertreten, an ihrer Seite gegen das bürgerliche Klassengericht zu stehen, sollen sie sie offensichtlich mit Paragraphenfuchserei an das „neutrale" Gericht verkaufen.

Das zeigt sich deutlich in dem Teil der Begründung des Gerichtes, wo auf die Ereignisse im Duisburger Arbeitsgericht eingegangen wird. Genosse Meinhard hatte hier versucht, seinen Mandanten und die Zuschauer des Prozesses, insbesondere Genossen Günter Routhier, vor dem Terror der Polizei zu schützen. Dabei war er auch festgenommen worden. Er hatte dann auch im Polizeiwagen die Polizisten immer wieder darauf hingewiesen, daß für Genossen Günter Lebensgefahr bestände, sie sofort einen Arzt holen müßten. In der Begründung des Oberlandesgerichts liest sich das so: „Er wurde später, nachdem es zu einer Schlägerei mit der einschreitenden Polizei gekommen war, zusammen mit sechs anderen KPD/ML-Anhängern vorläufig festgenommen." Die Schlußfolgerung, die daraus gezogen wird: „Es bestehen vielmehr begründete Anhaltspunkte für die Annahme, daß Herr S. im Falle seiner Aufnahme in den Vorbereitungsdienst die ordnungsgemäße Durchführung der juristischen Ausbildung stört."

Rechtsanwalt soll also nur noch werden – nichts anderes bedeutet dieser Beschluß des Oberlandesgerichtes, – wer bereit ist, die Klassenjustiz bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und besonders der Kommunisten bedingungslos zu unterstützen – bis hin zu deren physischer Vernichtung.

Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!

BONN:

Der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofes hat die Revision des Genossen Uli Kranzusch gegen das Urteil des Bonner Schwurgerichtes verworfen. Ein Berufungsprozeß war schon von vornherein dadurch unmöglich gemacht worden, daß der Prozeß gleich vor einem Schwurgericht stattfand, der nur noch die Revision offenläßt. Eine Revision ist normalerweise dann zuzulassen, wenn „Verfahrensfehler" vorliegen. Die massive Behinderung der Öffentlichkeit im Prozeß gegen Uli Kranzusch, die Behinderung der Verteidigung, der Sondergerichtscharakter dieses Prozesses, der statt in einem Gerichtsgebäude, in einer alten Burg stattfand – das alles beweist überdeutlich, daß die Verurteilung des Genossen schon vor dem Prozeß stattfand. Wenn der BGH Genossen Uli, der bereits vor seinem Prozeß mehrere Monate in Untersuchungshaft war, ohne Wiederaufnahme des Verfahrens erneut für 5 1/2 Monate ins Gefängnis schickt, dann zeigt das deutlich den polizeistaatlichen Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz.

OBERHAUSEN:

Der ROTE MORGEN berichtete vor einiger Zeit darüber, daß Genosse Winfried aus Oberhausen beim Verteilen des RM-Extrablattes zur Beerdigung des Genossen Günter vor einem Thyssenbetrieb in Oberhausen brutal von der Polizei mißhandelt worden war, daß er mehrere Tage lang mit einer schweren Gehirnerschütterung im Krankenhaus liegen mußte. Jetzt hat derselbe Genosse einen Strafbefehl über 800 DM wegen „Körperverletzung" bekommen. Zynischer gehts wohl kaum noch!

DORTMUND:

Wegen der Nummern 27, 30 und 31 sind dem Verleger des ROTEN MORGEN und der verantwortlichen Redakteurin je drei Strafbefehle über insgesamt 7 500 DM ins Haus geschickt worden.

KÖLN:

Am 7.10.74 beginnt in Köln vor der ersten Großen Strafkammer des Landgerichtes ein Prozeß gegen 7 Kölner Antifaschisten. Der Prozeß ist auf 9 Verhandlungstage angesetzt. Die 7 Genossen sind angeklagt, weil sie zusammen mit anderen Genossen im November letzten Jahres gegen bewaffnete NPD-Faschisten und die Polizei gekämpft haben. Diese antifaschistische Aktion hatte unter der Bevölkerung von Köln-Nippes große Sympathie gefunden. Sie rief teilweise die antifaschistischen Parolen mit, einige unterstützten die Genossen aktiv gegen die Polizei.

Prozeßtermine: 7., 9., 11., 15., 17., 21., 23., 25., 29. Oktober.

Politische Gefangene im Hungerstreik

Zwangsernährung angedroht!

Die politischen Gefangenen befinden sich nach wie vor im Hungerstreik. Sie sind weiter entschlossen, ihren Kampf solange fortzuführen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. In Hamburg, wo sich 10 Gefangene im Hungerstreik befinden, in Zweibrücken und wahrscheinlich auch in Westberlin ist den Gefangenen Zwangsernährung angedroht worden. Solche Zwangsernährungen bei früheren Hungerstreiks sind von den Justizministern damit begründet worden, daß der Staat die Verantwortung für die Gesundheit der Gefangenen trage. Das ist nichts als eine zynische Lüge! Die gesamten Haftbedingungen, denen die Genossen unterworfen sind, dienen nicht ihrer Gesundheit, sondern ihrer allmählichen, aber planmäßigen physischen und psychischen Vernichtung. Ebenso dient die Zwangsernährung ausschließlich dem Ziel, den mutigen Kampf der Genossen zum Erliegen zu bringen. Sie muß notwendigerweise zu schwerwiegenden Verletzungen bei den betroffenen Gefangenen führen. Aber der imperialistische Strafvollzug kennt noch grausamere Mittel gegen Revolutionäre. Bereits beim letzten Hungerstreik der RAF-Genossen wurde Genossen Baader das Trinkwasser entzogen. Wenn die bürgerliche Klassenjustiz den politischen Gefangenen, die bereits seit über zwei Wochen hungern, das Trinkwasser entzieht, dann bedeutet das einen Mordanschlag.

Die ROTE HILFE hat im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin zur aktiven Solidarität mit den politischen Gefangenen im Kampf gegen Isolationsfolter und andere Terrormaßnahmen aufgerufen. Wir drucken im Folgenden einen Auszug aus einer Pressemitteilung der Verteidiger der RAF-Genossen über die Folterungen im Hamburger Gefängnis ab:

PRESSEMITTEILUNG der Verteidiger der RAF-Genossen

Die Verteidiger der in Hamburg inhaftierten politischen Gefangenen haben gegen Wachmannschaften der Haftanstalten und Beamte der Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei (K 4) Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und Körperverletzung im Amt erstattet. Die Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei hat die Zellen der politischen Gefangenen GERHARD MÜLLER / IRMGARD MÖLLER / ILSE STACHOWIAK / EBERHARD BECKER / EKKEHARD BLENCK / WOLFGANG BEER in der U-Haftanstalt und HELMUT POHL / KAY ALLNACH in der Strafanstalt durchsucht und Verteidigerpost, Gerichtsakten mit Notizen der Gefangenen und ihrer Verteidiger, sonstige Verteidigungsmaterialien und Aufzeichnungen beschlagnahmt. Das gesetzliche Recht der Gefangenen (§ 106 Abs.1 StPO), bei der Durchsuchung ihrer Räume anwesend zu sein, wurde dadurch vereitelt, daß die Gefangenen gewalttätig oder durch Täuschung aus ihren Zellen verschleppt wurden, zum Teil ausgekleidet und dort länger als 4 Stunden in Arrest- oder sonstigen Sonderzellen ans Bett gefesselt wurden. GERHARD MÜLLER wurde bei der Verschleppung so verletzt, daß er den linken Arm nicht mehr bewegen kann Sein Knöchel ist geschwollen, so daß ihm ein Gipsverband angelegt werden mußte. Die Ausschaltung der Gefangenen zielt darauf, unkontrolliert die Verteidigungsunterlagen durchsehen und für die Verfolgungsinteressen verwerten zu können. Tatsächlich haben die Beamten der Staatsschutzabteilung nur in einem Fall Papiere versiegelt und auch in diesem Fall nur zum Teil, obwohl das Gesetz ausdrücklich ihnen die Durchsicht verbietet und die Versiegelung vorschreibt. Zur Verschleppung hat der Sicherheitsinspektor der U-Haftanstalt Hamburg , BEIER , Rechtsanwalt GROENEWOLD erkärt, die Verschleppung der Gefangenen in Sonderzellen sei gerechtfertigt, weil sie der Sache dienlich sei.

Die Verteidiger haben außerdem die sofortige Rückgabe der Verteidigungsunterlagen gefordert, weil andernfalls eine rechtsstaatliche Verteidigung der Gefangenen nicht möglich sei.

Rechtsanwälte Kurt Groenewold, Dr. Franz Degenhardt, Rainer Köncke, Hamburg

Strafe vergessen zu zahlen

Zivile Kripo terrorisiert Kollegen

Korrespondenz. An einem der letzten Wochenenden guckt mit traurigem Kleinkindergesicht Herr Hans Gerling von den Titelseiten großer Zeitungen: die Hälfte seines (offiziellen) Vermögens soll der Arme dem Zorn jener Sparer opfern, die er per Herstatt-Bank um weit höhere Summen betrogen hat. Der fette Finanzhahn soll ein paar Federn lassen, weil er – zu gefräßig – mit der Verdauung nicht zurande kam. Der Bürger-Blätterwald raunt seinen Unmut ins Volk, wirbt um Verständnis für seine Qualen. Aus „ökonomischen Erwägungen" stützt ihn das ganze Gesindel von Hochfinanz samt Staatsbürokraten.

Den Samstag liest ein Kollege die Tageszeitung, froh, daß er zwei Tage nicht dahin muß, wo er die Woche arbeitet. Unverhofft klingelt es, zwei Kripos in Zivil stehen vor der Tür. Sie müßten ihn unverzüglich festnehmen. Wieso? – Er hätte eine Strafe zu zahlen gehabt. Frist vor ein paar Wochen,habe das nicht getan, ist also zahlungsunwillig, also muß er die Tage absitzen, sofort, ausgenommen er zahlt unverzüglich, unter ihren Augen ,den Betrag ein.

Erwiderung: Man habe nicht soviel Bargeld zuhause und die Bank ist erst Montag wieder offen. Und warum kommen sie denn ausgerechnet am Samstag, warum hat man keine Mahnung geschickt, war doch Urlaubszeit? – Mahnung sei nicht vorgeschrieben und samstags treffe man die Leute am ehesten.

Hin und her, großzügiger Kompromiß: Bis Montag Mittag Quittung vorlegen. Der Haftbefehl könne erst aufgehoben werden, wenn Zahlung nachgewiesen ist. Sollten Sie bei einer Verkehrskontrolle festgenommen werden, haben Sie Pech gehabt.

Beides, wie gesagt, vor kurzem hier in der feinen deutschen Bundesrepublik.

Warum man den Gerling und all die anderen Coupon-Schneider nicht schon längst bis auf die Socken gepfändet und für den Rest ihrer Tage eingelocht hat? Warum man Werktätige in der bezeichneten Art (und auf verschiedene andere Arten) polizeilich terrorisiert?

Nun, weil hier der Staat der Kapitalisten dem Volk im Nacken sitzt. Allerdings ganz sicher nicht mehr sehr lange, weil die Arbeiter Bauern und viele andere Werktätige die Kapitalisten und das dazugehörende Gelichter auf den Geschichts-Misthaufen feuern werden.

Grussadresse des ZK der KPD/ML zum 25. Jahrestag der VR China

Fortsetzung von Seite 1

Nach diesem Sieg über Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus hielt das chinesische Volk unter Führung seiner Kommunistischen Partei am Klassenkampf fest, folgte dem Aufruf des Genossen Mao Tsetung: „Niemals den Klassenkampf vergessen!" **„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Periode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden, der Kampf zwischen den zwei Wegen, dem Sozialismus und dem Kapitalismus, geht weiter und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen."**

Diese Feststellung des Genossen Mao Tsetung, diese klare revolutionäre, marxistisch-leninistische Linie der Kommunistischen Partei Chinas, war und ist die Grundlage, von der sich das chinesische Volk in seinem Kampf für die Sicherung und Festigung der Diktatur des Proletariats leiten läßt. In der Großen Proletarischen Kulturrevolution zerschlugen die chinesischen Volksmassen das bürgerliche Hauptquartier um den Renegaten Liu Schao-tschi, der behauptet hatte, die Zeit des Klassenkampfes sei in China vorbei, den Fragen der Sicherung und Verteidigung der Diktatur des Proletariats bräuchte keine Beachtung mehr geschenkt zu werden, jetzt käme es nur auf die Entwicklung der Produktivkräfte an. Diese und andere konterrevolutionäre Angriffe auf den Marxismus-Leninismus sollten die Wachsamkeit von Partei und Volk einschläfern, den Boden für die Wiedererrichtung des Kapitalismus und den Machtantritt der Bourgeoisie bereiten.

Daß das chinesische Volk diesen schweren Angriff der Konterrevolution zurückschlug, durch seinen entschlossenen Kampf in der Großen Proletarischen Kulturrevolution einen Sieg des werktätigen Volkes, einen Triumph des Marxismus-Leninismus erkämpfte, war für den Befreiungskampf des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker von unermeßlicher Bedeutung. Nach Stalins Tod hatte die Chruschtschowclique die Führung in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der ruhmreichen Partei Lenins und Stalins, an sich gerissen und in der Sowjetunion, dem einstmals ersten sozialistischen Land der Welt, über die sowjetischen Werktätigen und die Völker der Sowjetunion eine Diktatur nach der Art des Hitlerfaschismus errichtet.

Die Chruschtschowclique versuchte darüberhinaus, allen kommunistischen und Arbeiterparteien und allen sozialistischen Ländern ihre revisionistische Linie aufzuzwingen, indem sie einerseits die opportunistischen Elemente in den Kommunistischen Parteien unterstützte, fraktionistische und zersetzende Tätigkeit entfaltete und andererseits die Parteien und die Regierungen der sozialistischen Länder offen unter Druck setzte und erpreßte. So zerschlugen die Sozialimperialisten, gestützt auf verräterische Elemente in der SED, auch die Arbeiter- und Bauernmacht in der Deutschen Demokratischen Republik. Und auch die Führung der KPD, der ruhmreichen Partei Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns, beschritt den Weg des revisionistischen Verrats.

Die Genossen Mao Tsetung und Tschou En-lai inmitten der revolutionären Volksmassen

Diese Entwicklung hatte auch in der westdeutschen Arbeiterbewegung große Verwirrung und Entmutigung gestiftet. Der unerbittliche Kampf der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus hatte aber bereits bei vielen Marxisten-Leninisten Klarheit über das Wesen der Chruschtschow-Clique und der von ihr ausgegebenen Linie des völligen Verrats am Marxismus-Leninismus, an den Interessen des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker geschaffen. Der Sieg des chinesischen Volkes in der Großen Proletarischen Kulturrevolution jedoch zeigte klar, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und anderen Volksschichten, wenn sie unter der Führung einer revolutionären Kommunistischen Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus den Klassenkampf unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats weiterführt, die Diktatur des Proletariats im Kampf gegen alle äußeren und inneren Feinde nicht nur behaupten, sondern festigen und ausbauen kann.

So gab die siegreiche Große Proletarische Kulturrevolution in der ganzen Welt das Signal zu einem großartigen Aufschwung des Marxismus-Leninismus, der Befreiungskämpfe des Proletariats und der unterdrückten Völker. Auch in Westdeutschland sammelten sich die Marxisten-Leninisten in der KPD und eröffneten einen scharfen Kampf gegen den modernen Revisionismus, der am 31. Dezember 1968 zur Gründung der KPD/ML führte, die das revolutionäre Erbe der KPD Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns fortsetzt.

Heute sehen die Marxisten-Leninisten in aller Welt mit großer Begeisterung, wie das chinesische Volk unter der Führung seiner Kommunistischen Partei im Kampf gegen den Verräter und ultrarechten Verschwörer Lin Biao und gegen die reaktionäre Philosophie des Konfuzius erneut große Erfolge in der Sicherung und Festigung der proletarischen Staatsmacht erringt.

Die großartigen Erfolge des chinesischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus, sein unerschütterliches Festhalten am sozialistischen Weg, sein prinzipienfestes Festhalten am Geiste des proletarischen Internationalismus, haben die Volksrepublik China zum Bollwerk der Weltrevolution gemacht, auf das nicht nur die kommunistische Weltbewegung und das Proletariat aller Länder voller Vertrauen und Zuversicht schauen, sondern in dem auch die um ihre Befreiung vom imperialistischen Joch kämpfenden unterdrückten Völker ihren zuverlässigen Freund sehen. Der unermüdliche Kampf der Volksrepublik China, die Pläne und Machenschaften der Imperialisten, insbesondere das Hegemoniebestreben der beiden aggressiven Supermächte, des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, zu entlarven, den Zusammenschluß der Völker gegen die beiden Supermächte voranzutreiben, hat der Volksrepublik China die Freundschaft und Sympathie der Völker eingetragen. Das zeigte sich deutlich bei der Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO, die von den Völkern als großer Sieg gefeiert wurde.

Gerade das entschiedene Auftreten der Volksrepublik China gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte stößt in unserem Volk auf breite Zustimmung. Auf dem Boden unseres Vaterlandes stehen sich die beiden Supermächte waffenstarrend gegenüber. Während die Bundesrepublik und Westberlin unter der Vorherrschaft des US-Imperialismus stehen, steht die Deutsche Demokratische Republik unter dem Militärstiefel des sowjetischen Sozialimperialismus. Westeuropa ist gegenwärtig das Zentrum der Rivalität der beiden Supermächte. Hier versucht der sowjetische Sozialimperialismus verstärkt, in den Einflußbereich des US-Imperialismus einzudringen. Von dieser erbitterten Rivalität der beiden Supermächte um die Hegemonie geht gegenwärtig die Hauptgefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges aus.

Auch das deutsche Volk kann seine nationale und soziale Befreiung nur im Kampf gegen die beiden Supermächte erringen. Darum heißt es in der Erklärung des Zentralkomitees unserer Partei zur nationalen Frage: **„In der gegenwärtigen internationalen Lage, die von der stürmischen Entfaltung der Kämpfe der Länder um Unabhängigkeit, der Nationen für Befreiung und der Völker für Revolution gekennzeichnet ist, ist es die Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes, sich aktiv einzureihen in die Front der gegen das Hegemoniestreben der zwei Supermächte kämpfenden Völker der Welt, wobei es gilt, die Widersprüche im imperialistischen Lager auszunutzen und zu verschärfen."**

Die aggressiven Pläne der sowjetischen Sozialimperialisten sind gegenwärtig vor allem nach Westen gerichtet. Aber die sowjetischen Sozialimperialisten haben sich auch bereits eine ganze Reihe aggressiver, provokatorischer Akte gegen die Volksrepublik China zu Schulden kommen lassen. Die sowjetischen Sozialimperialisten, die US-Imperialisten und alle Imperialisten sollten sich hüten, die Volksrepublik China anzugreifen! Die Völker der Welt sehen in der Volksrepublik China einen Hort des Friedens, der Freiheit und des Sozialismus, und wie das deutsche Volk würden alle Völker der Welt einen Angriff gegen die Volksrepublik China als einen Angriff gegen sich selbst betrachten.

So findet auch der gerechte Standpunkt der Volksrepublik China, daß es nur ein China gibt, daß die Tschiangkaischek-Clique, die sich ohne jede Berechtigung in der chinesischen Provinz Taiwan verschanzt hat, nicht das geringste Recht beanspruchen kann, irgendwo in irgendeiner Frage für China zu sprechen, bei den Völkern der Welt breiteste Unterstützung.

Die deutsche Arbeiterklasse, das gesamte werktätige deutsche Volk hegt für das chinesische Volk, seine Kommunistische Partei und seinen proletarischen Staat tiefe Gefühle der Sympathie und Freundschaft. Für unsere Partei ist heute Verpflichtung, was Genosse Ernst Thälmann vor mehr als 47 Jahren schrieb: „Es darf keinen Betrieb, keine Werkstatt geben, in der nicht die Arbeiter ihre Solidarität mit der chinesischen Revolution zum Ausdruck bringen." Anläßlich des 25. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China wird unsere Partei das leuchtende Beispiel des sozialistischen China verstärkt unter der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Volksschichten propagieren, um die Freundschaft unseres Volkes zur Volksrepublik China zu stärken, um der Arbeiterklasse, dem gesamten werktätigen Volk, klar das Ziel ihres eigenen Kampfes zu zeigen: Die sozialistische Revolution, das vereinte,unabhängige, sozialistische Deutschland.

Es lebe die Volksrepublik China, das Bollwerk der Weltrevolution!

Es lebe das heldenhafte chinesische Volk und seine ruhmreiche und korrekte Kommunistische Partei mit dem Genossen Mao Tsetung an der Spitze!

Es lebe die deutsch-chinesische Freundschaft!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
Ernst Aust, 1. Vorsitzender.

10 Jahre deutsches Programm Radio Tiranas

Die Stimme des Sozialismus in Europa

Am 1. Oktober 1964 ertönte die revolutionäre Stimme Radio Tiranas zum ersten Mal in deutscher Sprache. Vom ersten Tag an erhob Radio Tirana seine Stimme zur Verteidigung des Marxismus–Leninismus gegen den revisionistischen Verrat der ehemals kommunistischen Parteien mit der KPdSU an der Spitze. Die Einrichtung der fremdsprachigen Sendungen Radio Tiranas sind ein großartiges Beispiel des proletarischen Internationalismus, mit dem die Partei der Arbeit Albaniens und das albanische Volk das Erstarken der marxistisch–leninistischen Weltbewegung gegen den Verrat der modernen Revisionisten tatkräftig unterstützt.

Auch die KPD/ML und die deutsche Arbeiterklasse sind Radio Tirana deshalb zu großem Dank verpflichtet. Gerade von älteren Genossen und Kollegen wird Radio Tirana oft mit der revolutionären Stimme Radio Moskaus zu Stalins Zeiten verglichen. Nach 1933, als der Faschismus in Deutschland wütete, als die KPD und ihr Zentralorgan, die Rote Fahne, verboten waren, war Radio Moskau die Stimme der Wahrheit und des Sozialismus, um dessen Kampflosungen sich die deutschen Antifaschisten sammelten.

1964 war offensichtlich geworden, daß die Sowjetunion die Farbe gewechselt hatte. Die Macht hatte nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern eine neue Bourgeoisie, die in den Fußstapfen der alten Zaren die russischen Völker unterdrückte. In dieser Situation war es nicht zuletzt Radio Tirana, das die tatsächlichen Kommunisten vor allem in den europäischen Ländern in ihrem marxistisch–leninistischen Standpunkt, ihrer Kritik am Auftreten des modernen Revisionismus bestärkte, und ihnen half, einen klaren Trennungsstrich zu den revisionistisch entarteten Parteien zu ziehen. Besonderer Verdienst gebührt in dieser Hinsicht den Sendereihen: "Die marxistisch–leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt" und "Der Marxismus eine junge und wissenschaftliche Lehre".

Es lag und liegt natürlich im Interesse der Bourgeoisie, zu verhindern, daß die Arbeiterklasse den Verrat der modernen Revisionisten erkennt und sich den echten marxistisch–leninistischen Parteien anschließt. Es war und ist deshalb gerade auch für die deutsche Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk von großer Bedeutung, wenn Radio Tirana in seinen Sendungen regelmäßig die tatsächlichen kapitalistischen Verhältnisse in der SU und den anderen revisionistischen Ländern aufdeckt und dagegen den Aufbau des Sozialismus und Festigung der Diktatur des Proletariats in Albanien propagiert.

Genauso wie Radio Tirana nie einen Zweifel daran gelassen hat, daß die SU wie auch die DDR keine sozialistische, sondern eine kapitalistische Gesellschaftsordnung besitzen, genauso hat es das deutsche Volk in seinem Kampf um die Einheit der Nation unterstützt und insbesondere die imperialistische Politik der Sowjetunion angeprangert, die heute die DDR militärisch besetzt hält, das deutsche Volk dort ausplündert und unterdrückt.

Unermüdlich warnt Radio Tirana das deutsche Volk wie die anderen Völker Europas vor dem imperialistischen Krieg, der durch den erbitterten Kampf um die Hegemonie in der Welt zwischen den sowjetischen Sozialimperialisten und den US-Imperialisten droht. Gleichzeitig aber vergeht kein Abend, an dem Radio Tirana nicht, und sei es nur in den Nachrichten, seine Hörer darin bestärkt, daß die Arbeiter aller Länder und die unterdrückten Völker in ihrem Denken und Handeln sich immer fester auf revolutionärer Basis gegen den Imperialismus und besonders gegen die beiden Supermächte zusammenschließen, daß die Haupttendenz in der Welt die Revolution und der siegreiche Vormarsch des Sozialismus ist.

Seit dem 1. Oktober 1964 hat die revolutionäre Stimme Radio Tiranas viele Freunde gewonnen. Das zehnjährige Jubiläum sollte allen seinen Hörern ein Ansporn sein, Radio Tirana breiter bekanntzumachen und die Verbindung zu ihm durch Leserbriefe, kleine Beiträge und Anregungen zu festigen.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr

Bremen:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund:
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover:
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Kiel:
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim:
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten: Di 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel: 0621/37 67 44

München:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/462 60 18 , Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Parteiveranstaltungen

MARBURG:
Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Gründung der VR China, am 4.10., 19.30 Uhr, „Hessischer Hof".

NÜRNBERG:
„25 Jahre VR China", 10.10. 19.00 Uhr, Gaststätte „Concordia", Schwabacherstr. 71

ESSEN-Katernberg:
„25 Jahre VR China", 6. 10., 16 Uhr, Gaststätte „Haus Niermann", Ukkendorferstr./Ecke Gelsenkirchnerstr.

WESTBERLIN:
Photoausstellung anläßlich des 25. Jahrestages der Gründung der VR China, 5./6.10., 12 – 18 Uhr in der „Kindlgaststätte" Westberlin 36, 13.10., 10 – 18 Uhr im „Klödeneck" Klödenstr./Willibald Alexisstr.

DORTMUND:
Veranstaltung zum Prozeß des Gen. H. Baron, 4. 10., 19 Uhr, „Jacobsschänke", Weißenburgerstr.
Es spricht: Genosse G. Schubert.